

Cam.

24

d



Cam. 24 d











Cam. 24<sup>d</sup>

Seinem hochgeschätzten Lehrer  
Herrn Prof. Dr. Conrad  
in dankbarer Verehrung  
der Verfasser.

87 8

X

7 A



## V i t a.

Natus sum, Reinhold Dieckmann, Barnewitianus, Marchicus, die VI. mensis Aprilis anno MDCCCLXII, patre Friderico, matre Guilelmia e gente Kabelitz, quam praematura morte ereptam valde lugeo.

Fidei addictus sum evangelicae.

Litterarum primordiis domi imbutus puer novem annorum scholam Charlottenburgensem, quae vocatur „Kaiserin Augusta-Gymnasium“, adolescens viginti annorum scholam Eberswaldensem, cui nomen est „Wilhelms-Gymnasium“ adii.

Examine autumno anni huius saeculi LXXXIV superato in universitate Halensi per duo semestria scholis usus sum virorum clarissimorum Haym, Zacher, Gering; deinde in almam litterarum academiam Berolinensem me contuli et scholis et exercitationibus interfui, quas habuerunt viri doctissimi: Tobler, Scherer, Paulsen, Rödiger, Ad. Wagner, Ed. Zeller.

Tum per tria semestria in civibus universitatis Vratislaviensis fui ibique magno cum gaudio interfui scholis virorum v. Miaskowski, v. Stengel, Elster, Erdmann.

Halas reversus per paucos menses exercitationibus virorum doctissimorum Conrad et Friedberg usus sum.

Quibus omnibus viris optime de me meritis gratias hoc loco ago quam maximas gratumque animum semper habebo.





# Inaugural-Dissertation

behufs Erlangung der Doktorwürde

über

## Die Zuckerprämien

in den

**wichtigsten europäischen Produktions- und  
Konsumtions-Ländern**

und die

**internationalen Bestrebungen zu ihrer  
Beseitigung.**

Verfasst

von

**Reinhold Dieckmann**

cand. phil.

---

**Halle a./S. 1889.**



Bayerische  
Staatsbibliothek  
München



Die weitgreifende Bedeutung, welche für die gesamte internationale Zuckerproduktion von den weit- aus meisten Finanz-Theoretikern schon seit Jahrzehnten den Exportprämien beigemessen wird, andererseits aber die in jüngster Zeit von fast allen europäischen und Kolonialstaaten getroffenen gesetzgeberischen Maassnahmen und die hochbedeutsame internationale Londoner Zucker-Konvention vom 30. August 1888 zur Lösung dieses für das wirtschaftliche Leben so überaus wichtigen Problems, welche unseres Wissens bisher noch keine zusammenhängende Behandlung und theoretische Kritik erfahren haben, machen die Prämienfrage zu einer ausserordentlich interessanten und laden uns zu näherem Eingehen ein.

Die Zucker-Export-Prämien, in welcher Form sie auch bestehen mögen, stehen in unmittelbarem Zusammenhange mit den Zuckersteuergesetzen, bei deren Studium einer der bedeutendsten französischen Schriftsteller, Leroy-Beaulieu, zu dem Geständnis gelangt\*): „Le mot de „question des sucres“ a été longtemps et est encore une sorte d'épouvantail, c'est un problème qui semble réunir toutes les difficultés les plus épineuses de la taxation indirecte“.

Wenn sich dem Finanzpolitiker überhaupt schon bei dem Studium der Verbrauchssteuern schwer überwindliche Hindernisse in den Weg stellen, so gilt

---

\*) *Traité de la Science des finances*, I, 663.



dieses noch in erhöhtem Maasse von dem der Zuckersteuer, und zwar deshalb, weil der Zucker in einem Umfange wie kein zweiter Verbrauchsartikel zu einem Gegenstande des grossen Welthandels geworden ist, und weil die Frage der Zuckerbesteuerung bei dem unvermeidlichen Konkurrenzkampfe des Rohr- und Rübenzuckers eine viel grössere Anzahl von verschiedenartigen und sich kreuzenden Interessen umschliesst, als jede andere Verbrauchssteuer. Aus diesem Umstande ist auch die Thatsache zu erklären, dass die Zuckersteuergesetzgebung in allen wichtigeren europäischen Staaten so ausserordentlich wenig stabil geworden ist; so hat z. B. Frankreich allein in diesem Jahrhundert siebenundzwanzig Male seine Zuckersteuergesetzgebung verändern müssen; Russland, Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben sich nach wiederholt vorgenommenen Steuerreformen in den sechziger Jahren vom Jahre 1881 an nach einander entschliessen müssen, die Besteuerung des Zuckers auf ganz neue Grundlagen zu stellen, die Regierungen haben — ein an sich gefährliches Experiment bei ökonomischen Prozessen — alte Steuerformen, auf welche sich die Industrie im Laufe vieler Jahre eingerichtet hatte, aufgeben müssen, um diese vor dem Untergang zu bewahren.

Der eigentliche Grund für die Notwendigkeit von Steuerreformen war immer gegeben in steuerlichen Ungleichmässigkeiten, welche sich im Laufe der Zeit eingestellt und bald die Interessen der Industrie selbst, bald die Interessen der mit ihr eng verbundenen wirtschaftlichen Faktoren gefährdet hatten.

Die Frage der Besteuerung des Zuckers war aber auch darum noch besonders schwierig, weil dieser Artikel, je nachdem er im Inlande produziert oder vom Auslande eingeführt wurde, mit einer inneren Steuer oder einem Einfuhrzoll belegt war, und weil er sowohl in der Form des Rohstoffes und Halbfabrikates, wie als fertiges Fabrikat Besteuerungsobjekt war: Zölle



und Steuern aber, welche gleichzeitig für Rohstoffe und Fabrikate aus diesen existieren, müssen notwendigerweise sowohl für die Besteuerung selbst als auch bei Steuerrückvergütungen im Falle des Exportes der aus versteuerten Rohstoffen hergestellten Erzeugnisse ungleich wirken, indem sie die Verschiedenheiten in der Ausbeute aus Rohstoffen und in der Qualität der Fabrikate gar nicht oder doch nicht in genügender Weise berücksichtigen. Für die Richtigkeit dieser letzteren Behauptung bieten die Zuckersteuern in den europäischen Staaten ein vorzügliches Beobachtungsfeld: hier haben die bezeichneten Schwierigkeiten bei der steuerlichen Erfassung des Objektes, die steuerlichen Ungleichmässigkeiten mit ihren Rückwirkungen auf die Industrie, sowie mannigfache Komplikationen im Welthandel, hervorgerufen durch die jeweilig in den Staaten befolgte wirtschaftspolitische Praxis, schliesslich dahin geführt, dass nicht mehr der Eingangszoll oder die auf der inneren Produktion ruhende Steuer die Grundlage für die Entwicklung der Industrie bildet, sondern die Exportvergütung, welche thatsächlich fast überall zur Exportprämie geworden ist. Man hat des öfteren diese Thatsache fortzuleugnen versucht; besonders bei Zuckersteuerreformen haben es sich die Fabrikanten angelegen sein lassen, die Prämien als ein Moment von untergeordneter Bedeutung im System der Zuckersteuern hinzustellen; indessen bedarf es nur eines Einblickes in die amtlichen Statistiken und eines Hinweises auf den eigentlichen Zweck aller internationalen Zuckerkonventionen, um die Haltlosigkeit jener Behauptung zu erkennen.

Die Zuckerprämien bilden also in unsern Tagen ein in die wirtschaftliche Bewegung tief eingreifendes Moment, das sowohl an sich wie in seinen ökonomischen Folgen der ziffermässigen Behandlungsweise zugänglich ist; gleichwohl darf man nicht erwarten, dass unsere theoretisch-kritischen Erörterungen, welche auf



gerade in neuester Zeit sehr sorgfältig ermitteltem statistischem Material basieren, in allen wichtigen Punkten positive und präzise Resultate ergeben werden; dieses trifft z. B. bei der Betrachtung der volkswirtschaftlichen Wirkungen der Zuckerprämien zu. Ist eine wirtschaftliche Erscheinung so verwickelt wie die Steuerrückvergütung und Exportprämie des Zuckers, so kann die Statistik für die Kritik derselben nur gewisse Anhaltspunkte bieten in Betreff der Grenzen, innerhalb welcher bestimmte abstrakte Sätze Giltigkeit besitzen.

Demnach erscheint es uns als ein Gebot der unparteiischen Kritik, an die Beurteilung der Prämienfrage *sine ira et studio* heranzutreten; auch erachten wir es als ein unbedingtes Erfordernis, die Prämienfrage mit Hilfe der historischen Betrachtungsweise zu untersuchen, denn dieser gelingt es am besten, Licht und Schatten gerecht zu verteilen.

---

## Entstehung der Steuer-Restitution und der Prämie bei der Zuckerausfuhr.

---

Die ursprünglichste Quelle der Steuer-Rückvergütungen und Exportprämien sind die Einfuhrzölle oder die innere Steuer, welche auf dem Verbrauch des Zuckers lasten.

Der Besteuerungsmodus war in der ersten Epoche, wo der Staatsfiskus bezüglich der Besteuerung des Zuckers nur mit dem Zuckerrohr-Rohzucker zu rechnen hatte, ein äusserst einfacher: der gesammte eingeführte Zucker unterlag damals in jedem Lande einem einheitlichen Zollsatz, der Zollsatz war also zugleich Steuerfuss; für die Staaten war es von keinem erheblichen Belange, ob bei der Normirung des Zolles für Rohzucker auf den Gehalt desselben an reinem Zucker Rücksicht genommen wurde.



Erheblich schwieriger wurde die Frage der Zuckerbesteuerung in den europäischen Staaten, als in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zuerst Cromwells Navigationsakte in England und Colberts zollpolitische Maassregeln den Anstoss zur Durchführung des sogenannten Merkantilsystems gaben. Die Maximen der merkantilistischen Handels- und Gewerbepolitik waren bekanntlich darauf gerichtet, eine möglichst günstige Handelsbilanz, einen Überschuss des Wertes der Ausfuhr über den der Einfuhr zu erzielen, um auf diese Weise möglichst grosse Mengen von Edelmetallen in's Land zu ziehen. Die beiden grossen Hebel, das Land zu bereichern, waren daher Beschränkungen der Einfuhr und Ermunterungen zur Ausfuhr. Letzterem Zwecke dienten u. a. vorteilhafte Abschlüsse von Handelsverträgen mit fremden Staaten, Begründungen von Kolonien, Zurückdrängung der fremden Handelsschifffahrt zu Gunsten der nationalen Flagge; als ausserordentlich wirksam erwiesen sich Zollrückvergütungen und Prämien. Dieselben gewährte der Staat, um Industriezweige, welche im Inlande noch garnicht oder doch nicht in genügendem Umfange betrieben wurden, in's Leben zu rufen resp. zur Blüte zu bringen und gegen die Konkurrenz des Auslandes zu schützen.

In der merkantilistischen Epoche war es neben der Textilindustrie vornehmlich die Zucker-Raffinationsindustrie, welche sich in hohem Maasse der Segnungen dieses Protektionssystems zu erfreuen hatte.

Zunächst waren es Länder wie Frankreich, England und Holland, welche Zuckerrohr-Rohzucker produzierende Kolonien besaßen, denen im Interesse ihrer Kolonien, der Handelsschifffahrt, der Entwicklung einer heimischen Raffinationsindustrie, sowie im Interesse der ganzen internationalen Handelsbeziehungen daran gelegen sein musste, möglichst grosse Mengen Zucker zu importieren.



Zur Ergänzung dieser Wirtschaftspolitik waren aber noch weitere staatliche Maassnahmen im Sinne des Merkantilsystems erforderlich: fremde Raffinaden mussten durch gegenüber den auf eingehenden Rohzucker gelegten Zöllen unverhältnismässig hohe Zollsätze vom inländischen Markt möglichst ferngehalten werden; die Ausfuhr der Raffinaden wurde dann dadurch künstlich gefördert, dass man Ausfuhrvergütungen gewährte, d. h. dass man entweder den ganzen Einfuhrzoll oder einen Teil desselben bei der Ausfuhr zurückgab. In den meisten Staaten, welche die Raffinationsindustrie begünstigten, waltete das Bestreben vor, dem Exporteur genau den Betrag des entrichteten Rohstoffzolles zu ersetzen. Hätte man eine solche Exportvergütung nicht eintreten lassen, so war für Raffinaden die Möglichkeit, mit Rohzuckern in Konkurrenz zu treten, auf fremdem Markte völlig ausgeschlossen; denn einmal wären die raffinierten Zucker, welche bei der Einfuhr in ein anderes Land mit einem Einfuhrzoll belastet wurden, doppelt besteuert gewesen, sodann waren die Kosten des Raffinationsprozesses\*) wegen des unvollkommenen Standes der Technik zu jener Zeit so ausserordentlich hoch, dass der Konsum fast ausschliesslich auf Rohzucker beschränkt worden wäre.

Fragen wir nun, ob die Restitution von Zöllen bei der Ausfuhr von Fabrikaten vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt zu rechtfertigen ist!

Selbst Adam Smith, dessen Industriesystem einen ausgesprochen freihändlerischen Charakter trägt, wirft sich zum Verteidiger von „Rückzöllen auf die Wiederausfuhr importierter fremder Waaren“ auf, so begründete Bedenken er auch sonst gegen die Rohstoffzölle vorbringt; er nimmt an, dass Steuerrückvergütungen die Tendenz haben, „das Gleichgewicht, das sich unter

---

\*) Forbonnais, *Recherches et Considérations sur les finances de France*, 1758. III. S. 294 sagt hierüber: „car deux quintaux et demi de sucre brut qui rendent un quintal de sucre blanc.“



allen verschiedenen Beschäftigungen des Volkes naturgemäss herstellt, nicht zu zerstören, die natürliche Teilung und Verteilung der Arbeit im Volke aufrecht zu erhalten“\*), d. h. also, die natürliche Ordnung der wirtschaftlichen Thätigkeit wieder herzustellen.

Auch die neueren Finanzpolitiker wie Rau, Wagner, Lexis, v. Kaufmann u. a. neigen sich der Ansicht zu, dass man eine Industrie, welche für das verarbeitete Rohmaterial einen Finanzaufschlag oder eine Steuer bezahlt, durch Nachlass oder Wiedererstattung der Steuer für den Überschuss ihrer Produktion exportfähig machen müsse.

Diesen Ausführungen wird man unbedenklich zustimmen können, wenn Zweck und Ziel der Zollrestitution, als natürliches Ausgleichsmittel der Verschiedenheiten in der Konsumbesteuerung der einzelnen Länder zu dienen, erreicht wird; gelingt es den auf dem Weltmarkte konkurrierenden Staaten, die Identität der eingeführten und wieder ausgeführten Waaren bei der Steuererhebung und Steuervergütung festzuhalten, so werden für den internationalen und in der Folge auch für den nationalen Handel erhebliche Schwierigkeiten nicht erwachsen. In der That aber ist dieses Ziel, was den Zucker betrifft, niemals erreicht worden.

Als man nur die Raffination der exotischen Zuckersorten kannte, fehlte fast jeder wissenschaftliche Anhalt für die Bestimmung des Rendements derselben, d. h. ihres Gehaltes an reinem, weissem Zucker.

„Bekanntlich giebt es aber Rohzucker, aus welchen 94—97 % Raffinaden gewonnen werden können, und andere, welche nur ein Ausbringen von 45 bis 60 % gewähren.“\*\*) Nach etwa äusseren Merkmalen nahm man bei der Verzollung ziemlich willkürlich ein Rendement an, und die natürliche Folge einer solchen willkürlichen

---

\*) Adam Smith, „Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes.“ Bd. II, S. 224. (Stöpel.)

\*\*) v. Kaufmann, a. a. O. S. 75.



Rendementsannahme war, dass entweder ein zu grosser oder zu kleiner Betrag bei der Bemessung der Steuer-rückvergütung gegeben wurde. In der merkantilistischen Epoche schätzte der Fiskus die ein- und ausgeführten Zucker möglichst zu Gunsten den Fabrikanten ab. „die Prämie bildete sich demnach geräuschlos aus dem Mehrertrage, welchen der Raffineur aus dem Rohzucker über diejenige Menge Raffinade erzielte, welche der Staat als Ergebnis des Ausbringes berechnet und der Vergütung für den Export zu Grunde gelegt hatte.“\*)

Die Prämien, deren sich die Raffineure zu erfreuen hatten, und welche gleichzeitig auch für die koloniale Zuckerproduktion sowie für die Entwicklung der Handelsschiffahrt von weitgreifender Bedeutung waren, wurden im Laufe der Zeit zu einem „organischen Bestandteile eines handelspolitischen Systems“\*\*): einen nachhaltigen Einfluss auf dieselben, sowie auf die Zoll- und Steuerverhältnisse in der Zuckerindustrie überhaupt übte erst der Umstand aus, dass Ende der dreissiger Jahre unseres Jahrhunderts sich die Rübenzuckerindustrie kräftig zu entwickeln begann. Man kann die Epoche in der Geschichte der Zuckersteuern, welche mit dem Augenblicke beginnt, wo der Rübenzucker dem Fiskus tributpflichtig wurde, mit L. v. Stein bezeichnen als die Epoche des Kampfes zwischen Zoll und Steuer, Zollsatz und Rübensteuerfuss. Nachdem es dem Rübenzucker in einem sehr erbitterten Konkurrenzkampfe gelungen war, über den Kolonialzucker in den europäischen Staaten den Sieg davon zu tragen, war für die ganze Rübenzuckerindustrie und besonders für das Prämienwesen von grösster Wichtigkeit der Rübensteuerfuss, ja, man wird ohne weiteres behaupten können, dass der Rübensteuerfuss zur Lebensfrage für die enormen Anlage- und Betriebs-

---

\*) von Kaufmann, S. 76.

\*\*) Lexis, die französischen Ausfuhrprämien, Bonn 1870, S. 306.



kapitalien der Rübenzuckerindustrie wurde. Jeder Staat suchte in seiner Weise bei der Bemessung der Rübenzuckersteuer bestimmte Interessen zu berücksichtigen; im allgemeinen ging die Tendenz dahin, der Rübenzuckerindustrie gegenüber der alten, Prämien genießenden Raffinationsindustrie einen gewissen Schutz zu erhalten — mit Ausnahme der eine Zeit lang hervortretenden Tendenz der französischen Regierung, die Rübenzuckerindustrie zu Gunsten der Kolonien und Handelsmarine zu unterdrücken. — Bereits ein Zollvereinsvertrag vom 8. Mai 1841 enthält eine dahingehende Bestimmung: „die dem Rübenzucker aufzuerlegende Steuer im Verhältnis zum Eingangszoll auf fremde Zucker soll stets so niedrig bemessen werden, als nötig ist, der heimischen Industrie einen angemessenen Schutz zu gewähren, ohne jedoch die ausländische Konkurrenz in einer die Interessen des Staatsäckels oder der Konsumenten gefährdenden Weise zu beschränken.“ Es handelte sich somit für die Zwecke der Besteuerung in jedem Staate darum, Rüben- und Zuckerrohr-Rohzucker in das zeitweilig zutreffende Verhältnis zu setzen, ein Problem, welches keine Steuergesetzgebung zu lösen im Stande ist. Man liess zunächst die Steuergesetze für Rübenzucker in geringer Höhe beginnen, um sie bei fortschreitender Entwicklung der Industrie nach und nach zu steigern. Gegen dieses Princip der Besteuerung dürften vom finanzwissenschaftlichen Standpunkt wohl schwerlich Einwände erhoben werden können; nur hätten die Staaten das Experimentieren mit Steuerarten für den Rübenzucker, wie das in ausgedehntestem Umfange geschehen ist, vermeiden müssen.

Wie es nicht möglich war, die aus dem Zuckerrohr gewonnenen Rohzucker und Raffinaden hinsichtlich ihres Gehaltes an reinem Zucker scharf und sicher zu bestimmen, ebenso wenig gelang es, die Qualität des Rübenzuckers für den Zweck der Be-



steuerung festzustellen; die natürliche Folge war, dass man die Steuer für den letzteren stets so gering ansetzte, dass ihm ein direkter Anteil an der Prämie erhalten werden musste, mochte er für sich allein oder in Vermischung mit Rohrzucker raffiniert sein.

Wurde also die Steuer dem Rohmaterial aufgelegt, so war es das Rohprodukt (Halbfabrikat), wurde sie dem Rohprodukt aufgelegt, so war es das fertige Fabrikat, welches prämiert war.

## Technik der Exportprämien des Zuckers.

Nachdem wir in grossen Umrissen die Entstehungsgründe für die Bewilligung von Exportprämien kennen gelernt haben, wollen wir in die Erörterung der Prämientechnik eintreten, d. h. wir wollen an der Hand der Zuckersteuergesetze und mit Hilfe des statistischen Materials der für uns hauptsächlich in Betracht kommenden europäischen Länder kennen lernen, in welcher Form die Prämie auf die Ausfuhr und Erzeugung von Zucker in jedem Lande gewährt wird. Vorher möchten wir noch bemerken, dass die Gesetzgebung jedes Staates scharf unterscheidet zwischen der Besteuerung der fremden, eingeführten Zuckersorten (Fabrikatsteuerung) und der des einheimischen Zuckers (Rohmaterial-, Rohprodukt- und Fabrikatsteuerung).

Um Halbfabrikate oder fertige Fabrikate zu besteuern resp. zu verzollen oder im Falle der Ausfuhr die Höhe der Exportvergütung zu berechnen, kam in früherer Zeit gewöhnlich das Typenbesteuerungssystem in Anwendung. Die Farbennuance wurde als gesetzlich bestimmendes Merkmal für den reinen Zuckergehalt des Rohzuckers angenommen; es wurden zu diesem Zwecke holländische Standardmuster gezogen, welche, als Typen an die Zollstellen verteilt, z. B. in Holland vom dunkelbraunen (No. 6) bis zum weissen Zucker



(No. 20) stufenförmig übergehen. \*) Diese älteste Art der Wertbestimmung des Zuckers, welche eine gewisse Berechtigung hatte, wurde zuerst in Frankreich eingeführt und späterhin von allen ihren Zucker besteuern den Ländern übernommen. Sehr bald ging man aber daran, den Fiskus zu täuschen: hochprozentige Zuckersorten wurden künstlich derartig gefärbt, dass sie bei der Verzollung in eine tiefere Klasse fielen als in jene, in welche sie ihrem Zuckergehalte nach gehört hätten. Es blieb somit ein gewisses Quantum Zucker unbesteuert, der Exporteur bezog in diesem Falle eine reine Prämie.

Die Missbräuche, welche sich bei dem Typensystem sehr schwer fühlbar gemacht hatten, führten zu dem Versuch, den Gehalt des Rohzuckers an krystallisierbarem reinem Zucker auf anderem Wege und zwar mit Hilfe des Polarisationsverfahrens zu ermitteln; man hat beobachtet, dass polarisiertes Licht, welches durch Zuckerlösungen geht, je nach den verschiedenen Zuckerarten bald nach rechts, bald nach links abgelenkt wird. Der Betrag der Ablenkung ist für jede bestimmte Zuckerart ein verschiedener, aber konstant und proportional der Anzahl Zuckerteilchen, die das polarisierte Licht auf seinem Wege in der Zuckerlösung trifft. \*\*) Die Qualitätsbestimmung einer Zuckersorte mit Hilfe des Polarisationsapparates ist aber nur dann zuverlässig ausführbar, wenn jene rein und unvermischt zur Untersuchung vorliegt; waren verschiedene Zuckersorten durcheinander gemengt, wie das meistens der Fall war, so erreichte man Zweck und Ziel auf diesem Wege nicht sicher. Gleichwohl wird die polarimetrische Methode noch heutigen Tages in fast allen wichtigeren europäischen Ländern zu

---

\*) Vergl. Riecke in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie; Tübingen, 1885. S. 441; auch von Kaufmann, a. a. O. S. 82 ff.

\*\*) Nach Scheibler-Gunning, vergl. v. Kaufmann, a. a. O. S. 84.



Zwecken der Besteuerung von Zuckerfabrikaten angewendet, womit die Möglichkeit, dass Prämien gegeben werden, in keiner Weise ausgeschlossen ist.

Indem wir uns vorbehalten, auf einige Einzelheiten und Modifikationen der Fabrikatbesteuerungsarten bei der Besprechung der Prämientechnik des Rübenzuckers einzugehen, wenden wir uns zunächst einer genaueren Betrachtung der Prämien, insofern sich diese auf Grund von Rohmaterialbesteuerung ergeben, zu. Man kann drei Arten der Rohmaterialsteuer unterscheiden:

- 1) die Besteuerung nach dem Gewicht der zur Zuckerproduktion bestimmten Rüben,
- 2) die Besteuerung nach der Menge und Dichtigkeit des gewonnenen ungeläuterten Zuckersaftes,
- 3) die Pauschalierungssteuer, welche die Leistungsfähigkeit der bei der Zuckerfabrikation zur Anwendung gelangenden Apparate zur Basis der Besteuerung nimmt. \*)

Letztere bestand gesetzlich bis zum 1. August 1888 in Oesterreich-Ungarn.

Die Rübengewichtssteuer wurde durch den Zollvereinsvertrag vom 8. Mai 1841 im ganzen Umfange des deutschen Zollvereins eingeführt und besteht mit erheblichen Aenderungen — die Höhe der Steuersätze betreffend — im deutschen Reich noch zur Zeit gesetzlich fort. In Frankreich wurde dieselbe durch Gesetz vom 29. Juli 1884 obligatorisch eingeführt. Belgien und Holland besteuern den Rübenzucker schon seit länger als fünfzig Jahren auf Grund der Saftsteuer. In Russland erfolgt seit 1881 und in Österreich-Ungarn

---

\*) Rohmaterialsteuern im eigentlichen Sinne des Wortes sind weder Pauschalierungs- noch Saftsteuer. Wir glaubten sie als solche bezeichnen zu dürfen, weil die Besteuerung bei beiden sogleich nach dem ersten Prozess der Verarbeitung des Rohmaterials erfolgt, und weil sie gerade aus diesem Grunde die meisten Eigenschaften mit der Rübensteuer teilen.



seit 1888 die Besteuerung beim Austritt der fertigen Zuckerprodukte aus den Fabrikräumen.

Was die Prämien betrifft, welche infolge der Rübensteuergewichtssteuer entstanden sind, so haben diese in Deutschland eine verhältnismässig kurze Geschichte aufzuweisen. Bis zum Jahre 1858 wurden Ausfuhrvergütungen überhaupt nicht gewährt; in der Periode von 1858 bis 1869 bestanden Exportvergütungssätze den entrichteten Abgaben vom Rohmaterial gegenüber in so geringer Höhe, dass an eine vollständige Restitution der Steuer bei dem damaligen Stande der Technik nicht zu denken war. Eine eigentliche Prämie wurde durch das Gesetz vom 26. Juni 1869 geschaffen: die Rübensteuer wurde von  $7\frac{1}{2}$  Sgr. auf 8 Sgr. erhöht; für die Ausfuhrvergütung wurden folgende Sätze bestimmt:

|                                            | Thlr. | Sgr. |
|--------------------------------------------|-------|------|
| pro Ctr. für Rohzucker von mindestens 88 % |       |      |
| Polarisation . . . . .                     | 3     | 4    |
| für Raffinaden von mehr als 98 % Polari-   |       |      |
| sation . . . . .                           | 3     | 25   |
| für alle übrigen harten Zucker von         |       |      |
| mindestens 98 % Polarisation . .           | 3     | 18   |

Dieser Bemessung der Ausfuhrvergütung wird die Annahme zu Grunde gelegt, dass zur Herstellung eines Centners Rohzucker von 93 % Pol. durchschnittlich 11,75 Ctr. Rüben erforderlich seien; in der That erwies sich diese Annahme wenigstens für das Betriebsjahr 1869/70 (nach den Angaben des statistischen Amtes) noch als ziemlich zutreffend; aber schon gleich in den folgenden Jahren zeigt uns die Statistik ein Missverhältnis zwischen gesetzlich angenommener und wirklich erzielter Ausbeute aus Rüben. Nachdem an die Stelle der alten Saftgewinnungsmethoden das rationellere Diffusionsverfahren getreten war, nachdem es namentlich gelungen war, vermöge des Osmose-, Elutions- oder Strontianitverfahrens auch der Melasse, welche unversteuert weiter verarbeitet werden konnte, den



Zucker zu entziehen, musste bei unverändertem Stande der Gesetzgebung die Prämie notwendigerweise in demselben Verhältnis steigen wie die qualitativen Fortschritte in der Rübenkultur und Rübenverarbeitung. Die deutsche Zuckersteuergesetzgebung ist vom Jahre 1869 bis zum Jahre 1883 unverändert geblieben, obwohl man sich in keiner Weise verhehlen konnte, dass sie reformbedürftig war.

Erst am 7. Juli 1883 wurde nach sehr eingehenden Beratungen im Reichstage das Gesetz publiziert, welches die Ausfuhrvergütungssätze pro 100 kg in folgender Höhe festsetzt:

|                                                   | Mk.   |
|---------------------------------------------------|-------|
| für Rohzucker von mindestens 88 % Polarisation .  | 18    |
| für Kandis und Zucker in vollen harten Broten . . | 22,20 |
| für Zucker von mindestens 98 % Polarisation . . . | 20,80 |

Dieses Gesetz hatte einen provisorischen Charakter, seine Bestimmungen sollten mit dem 1. August 1885 ausser Kraft treten; indessen wurde das Provisorium durch ein Gesetz vom 13. Mai 1885 um ein Jahr verlängert.

Bereits im Jahre 1883 war eine Zuckersteuer-enquête veranstaltet worden, um eine Entscheidung darüber zu treffen, welche Massnahmen in der Zuckersteuerfrage zu treffen seien; die wichtigste Erklärung der Enquêtekommission war die, dass „nach dem gegenwärtigen Stande der Leistungsfähigkeit der Rüben- und Zuckerproduktion 10,75 Mctr. roher Rüben als durchschnittlich erforderlich zur Herstellung eines Mctrs. Rohzucker von 93,75 % Polarisation anzusehen seien“. Diese Annahme stützte sich offenbar auf die Ausbeuteergebnisse bis zum Jahre 1883, für die folgenden Kampagnen entsprach sie keinesfalls den thatsächlichen Verhältnissen, da nach den statistischen Ermittlungen im fünfjährigen Durchschnitt nur wenig mehr als 9 Mctr. Rüben zur Erzeugung eines Mctrs. Rohzucker benötigt wurden. \*) Dessenungeachtet wurde vom Bundesrat

\*) J. Wolf, Finanzarchiv Bd. III, S. 9. Stuttgart 1889.



und Reichstag das Gesetz vom 1. Juni 1886 angenommen, in welchem das Verhältnis von Steuer und Exportvergütung noch über die von der Enquêtekommission festgestellte Ausbeute hinaus zu Gunsten der Zuckerfabrikanten geändert wurde. \*)

Die Rübensteuer beträgt nach diesem Gesetze 1,70 Mk. pro 100 kg Rüben; die Steuerrückvergütung umfasst folgende Sätze für 100 kg:

|                                                                                              | Mk.   |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| a) für Rohzucker von mindestens 90 % Polar. und raffinierten Zucker von unter 90 % . . . . . | 18,—  |
| 1) für die Zeit vom 1. August 1886 bis zum 30. September 1887 . . . . .                      | 18,—  |
| 2) vom 1. October 1887 ab . . . . .                                                          | 17,25 |
| b) für Kandis und Zucker in weissen, vollen, harten Broten etc.:                             |       |
| 1) für die Zeit vom 1. August 1886 bis 31. October 1887 . . . . .                            | 22,20 |
| 2) für die Zeit vom 1. November 1887 ab . . . . .                                            | 21,50 |
| c) für alle übrigen harten Zucker:                                                           |       |
| 1) für die Zeit vom 1. August 1886 bis 31. October 1887 . . . . .                            | 20,80 |
| 2) für die Zeit vom 1. November 1887 . . . . .                                               | 20,15 |

Auch dieses Gesetz war nur kurze Zeit in Wirksamkeit, denn bereits am 9. Juli 1887 wurde ein Gesetz publiziert, welches der Besteuerung des Zuckers eine ganz veränderte Grundlage giebt. Abgesehen von der neu eingeführten Verbrauchssteuer hat man die Rohmaterialsteuer um mehr als die Hälfte des früheren Betrages herabgesetzt und für die Bemessung der Exportbonifikation angenommen, dass 10,25 Mctr. Rüben zur Herstellung eines Mctrs. Zucker von 90—98 % Polarisation erforderlich seien.

Die Rübensteuer beträgt 0,80 Mk. für 100 kg, die Ausfuhrvergütung

|                                                              | Mk.   |
|--------------------------------------------------------------|-------|
| a) für Zucker von 90 bis zu 98 % Polar. . . . .              | 8,50  |
| b) für Kandis und Zucker in weissen, harten Broten . . . . . | 10,65 |
| c) für Zucker von 98 bis 99 1/2 % . . . . .                  | 10.   |

Was die Höhe der Prämien in Deutschland be-

\*) Reichsgesetzblatt 1886, No. 16. S. 181.



trifft, so lassen sich darüber Berechnungen, welche auf absolute Genauigkeit Anspruch machen könnten, wegen der Unmöglichkeit, die zur Ausfuhr und zum Inlandskonsum bestimmten Zuckersorten hinsichtlich ihres Rendements zu ermitteln, nicht aufstellen; indessen gelangen wir zu einigermaßen zuverlässigen Schätzungen über die Entwicklung der Prämie durch eine Vergleichung von gesetzlich angenommenen und wirklich erzielten Ausbeuten aus Rüben.

| Kampagnen:                             | Wirklich erzielte Ausbeuten: | Gesetzlich angenommene Ausbeuten: |
|----------------------------------------|------------------------------|-----------------------------------|
| 1869/70 . . .                          | 8,55 %                       | 8 %                               |
| 1878/83 (im fünfjährigen Durchschnitt) | 9,3 %                        | 8 %                               |
| 1883/84 . . .                          | 10,7 %                       | 9 %                               |
| 1884/85 . . .                          | 11,02 %                      | 9 %                               |
| 1885/86 . . .                          | 11,72 %                      | 9 %                               |
| 1886/87 . . .                          | 11,89 %                      | 9,75 %                            |
| 1887/88 . . .                          | 13,42 %                      | 9,75 %                            |

Nach dieser Statistik würde also die Prämie zwischen 1,20 und ca. 5 Mk. pro 100 kg geschwankt haben. \*)

Eine erhebliche Verminderung muss die deutsche Prämie durch das neueste Gesetz, welches seit dem 1. Oktober 1888 besteht, erfahren. Nimmt man an, dass 8 Mctr. Rüben zur Erzeugung eines Mctrs. Zucker von 90 % Pol. erforderlich seien, so hat der Fabrikant 6,40 Mk. Steuer zu zahlen, erhält aber bei der Ausfuhr 8,50 Mk. zurück; hieraus würde also eine Prämie resultieren, welche 2,10 Mk. pro Mctr. Rohzucker beträgt. Für Raffinaden dürfte die Prämie etwas grösser sein; bei einem durchschnittlichen Aufwand von 115 kg Rohzucker für die Herstellung von 100 kg Raffinade werden an Steuer entrichtet 7,36 Mk.; die Steuerrückvergütung beträgt 10,65 Mk., was eine Prämie von 3,29 Mk. bedeuten würde.

\*) J. Wolf berechnet die Durchschnittsprämie für 1884/1885 auf 2 Mk. für Rohzucker, 3,50 Mk. für Raffinaden.



Was die französische Prämie betrifft, welche auf Grund der Rübengewichtssteuer gewährt wird, so mag darauf hingewiesen sein, dass diese noch sehr jungen Datums ist, und dass das statistische Material, welches uns zu Gebote steht, teilweise sehr starke Widersprüche enthält. Das Gesetz setzt seit dem 1. September 1887 die zu versteuernden Rendements von 100 kg Rüben folgendermaassen fest:

für die Kampagnen

|         |       |                                 |
|---------|-------|---------------------------------|
| 1887/88 | . . . | auf 7,00 kg raffinierten Zucker |
| 1888/89 | . . . | auf 7,25 kg                     |
| 1889/90 | . . . | auf 7,50 kg                     |
| 1890/91 | . . . | auf 7,75 kg.                    |

Es wird hier für die Berechnung der Exportvergütung angenommen, dass in den Jahren 1887 bis 1891 beziehungsweise 14,3; 13,79; 13,33; 12,9 kg roher Rüben 1 kg Raffinade ergeben. Bis zum Jahre 1885 ist das Ausbeuteergebnis der französischen Zuckerfabriken über 6,44 kg Raffinade\*) niemals hinausgekommen. Die veränderte Steuergesetzgebung spornte zu technischen Verbesserungen in der Zuckerindustrie an und die Rohzuckerausbeute wurde in jedem Jahre gesteigert. Die nächstfolgenden Zahlen werden uns am leichtesten über die Entwicklung der Rübenzuckerprämie Aufschluss geben\*\*):

| Betriebsjahr  | Rohzucker-<br>ausbeute in % | Gesetzliche<br>Ausbeute in % |
|---------------|-----------------------------|------------------------------|
| 1884/85 . . . | 6,70                        |                              |
| 1885/86 . . . | 8,76                        |                              |
| 1886/87 . . . | 9,78                        |                              |
| 1887/88 . . . | 10,77***)                   | 14,3                         |

Die Ausfuhrvergütung beträgt in Frankreich 50 Frcs. oder 40 Mk. pro 100 kg raffinierten Zuckers und 42,80 Mk.

\*) Vgl. Görz, Handel und Statistik des Zuckers. Berlin, 1884.

\*\*) Vgl. Paasche, Deutsches Wochenblatt vom 25. Oktober 1888.

\*\*\*) Nach Herbertz: 1887/88: 9,62 % raffinierten Zuckers. („Deutsche Zuckerindustrie“ vom 21. September 1888.)



pro 100 kg Kandiszucker; es ist hieraus ersichtlich, dass der französische Rübenzucker bereits im ersten Betriebsjahre der Rechtsgiltigkeit des Gesetzes vom 29. Juli 1884 sich einer Prämie von ca. 12 Mk. pro 100 kg raffinierten Zuckers zu erfreuen gehabt hat. „Aber“, so führt ein schlesischer Grossindustrieller\*) gelegentlich aus, „es kann keinem Zweifel unterliegen, dass Frankreich, begünstigt durch die Verhältnisse des Klimas und Bodens, ebenso zuckerreiche Rüben produzieren kann, wie Deutschland. Es ist dies um so mehr anzunehmen, als Deutschland die Exportprämie der letzten Jahre vorzugsweise der Einwirkung französischer Samenzüchtung verdankt.“ Trifft diese Behauptung zu, so dürfte in Frankreich die Prämie trotz der gesetzlich höheren Rendementsannahme in den folgenden Kampagnen leicht auf 19 Fres. oder 15.2 Mk anwachsen.

Eine zweite Form der Rübenbesteuerung ist die in Belgien und Holland bestehende Saftsteuer. Die Dichtigkeit des Saftes wird vermittelst des Densimeters oder des hundertteiligen Ärometers festgestellt und hiernach das Ausbringen an fertigem Zucker berechnet. Das neueste Gesetz vom 16. April 1887 nimmt in Belgien ein Ausbringen des Saftes von 1500 gr pro Hektoliter an; in Holland beträgt die Belastung des Fabrikanten 1450 oder 1400 gr raffinierten Zuckers pro hl und Dichtigkeit des gemessenen Saftes, je nachdem die Scheidung vor oder nach dem Ende des Jahres stattfindet.“\*\*) Dieser Besteuerungsmodus war ausserordentlich dazu angethan, zum Betrüge zu reizen. „Schon an sich hat das Messen des Saftes seine Schwierigkeiten und kann zu keinen genauen Ermittlungen führen“\*\*\*), ausserdem „steht der Zuckergehalt des Saftes mit dem spezifischen Gewicht desselben in keinem

\*) Abg. L. Schöller.

\*\*) § 15 des Gesetzes vom 20. Juli 1884.

\*\*\*) v. Kaufmann, a. a. O. S. 125.



festen, unveränderlichen Verhältnis“\*); in der That sind ca. 1700 gr und noch darüber Raffinade aus einem hl Fassungsraum gewonnen worden, woraus für den Fabrikanten sich eine exorbitante Prämie ergab. Für Belgien berechnet J. Wolf dieselbe aus Konsumschätzungen, dem versteuerten Durchschnittskonsum der Jahre 1882—85 und der Produktion auf 12 Frcs. 60 Cts. pro Mctr. Rohzucker\*\*), während für Holland jeder sichere Anhalt für die Berechnung der Rübenzuckerprämie fehlt.

Schliesslich wollen wir von den Arten der Rohmaterialsteuern noch die Pauschalierungssteuer anführen, welche zwar seit dem 1. August 1888 beseitigt ist, die aber dreiundzwanzig Jahre in Oesterreich-Ungarn bestanden hat und von erheblichem Einfluss auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Landes gewesen ist.

Das Gewicht der Rüben wurde ermittelt nach der Leistungsfähigkeit der Gefässe und nach der Zeitdauer ihrer Verwendung; die Quantität der innerhalb vierundzwanzig Stunden möglichen Rübenverarbeitung wurde amtlich ermittelt und auf Grundlage dessen die Steuerleistung der einzelnen Fabriken vorgeschrieben. Alljährlich wurde der Füllungsquotient durch das Ministerium festgestellt, d. h. die tägliche Produktion wurde ermittelt nach Maassgabe der Rübenmenge, welche durchschnittlich in einen hl Fassungsraum gebracht werden konnte. Bei diesem Besteuerungsmodus handelte es sich also für den Fabrikanten darum, aus einem möglichst kleinen Diffusionsgefässe die höchste Zuckerausbeute zu erzielen und die gesetzlich angenommene Zahl der Füllungen zu überholen. Auch diese Besteuerungsform des Rübenzuckers schliesst die Möglichkeit, Steuerfuss und Vergütungssatz in Einklang

---

\*) J. Wolf in Tübinger Zeitschrift, 1882. S. 309.

\*\*) Finanzarchiv, 3. Jahrgang S. 64.



zu setzen, vollkommen aus, die Prämien schwollen gerade in Österreich-Ungarn infolge der technischen Fortschritte bei der Rübenkultur und Rübenverarbeitung ganz bedenklich an, so dass die Regierung sich genötigt sah, nach dem Vorbilde der belgischen Regierung die Zuckersteuer zu kontingentieren.

Für das Jahr 1881/82 schätzt J. Wolf die Prämie auf 3 fl. 20 kr., für 1883/84 auf 2 fl. 8 kr. pro Mctr. Rohzucker. \*)

Von wichtigen europäischen Produktionsländern wollen wir noch die Form der Prämien in Russland und in Österreich-Ungarn (seit dem 1. August 1888) berühren.

Seit 1881 ist in Russland, welches bis zu diesem Zeitpunkte oft sehr hohe, versteckte Prämien gewährt hat, die Fabrikatsteuer gesetzlich eingeführt, d. h. die Steuer wird erhoben nach dem Gewicht des fertigen, zum Verbrauch bestimmten Zuckers. Es werden Rückvergütungen gewährt, welche „mit der erhobenen Steuer völlig identisch sind und nicht die geringste Spur einer versteckten Prämie in sich bergen.“ \*\*) Dagegen hat sich die russische Regierung entschliessen müssen, als nach der Spekulation des Jahres 1883/84 im darauf folgenden Jahre die Zuckerindustrie einer schweren Krisis verfiel und die heimischen Märkte mit Zucker überfüllt waren, eine offene Ausfuhrprämie zu gewähren, „aber nur als besondere und vorübergehende Maassregel“ \*\*\*); dieselbe betrug einen Rubel per Pud oder 10,23 Mk. pro 100 kg und wurde nur den Transporten über die europäische Grenze für die Zeit vom 1. August 1885 bis zum 1. Juli 1886 zu teil, während sie für die

---

\*) Tübinger Zeitschrift 1882, S. 660 und Finanzarchiv, 3. Jahrgang, S. 44.

\*\*) Vgl. Bericht des russischen Vertreters auf der Londoner Konferenz. „Deutsche Zuckerindustrie“ vom 6. April 1888 und 12. Oktober 1888.

\*\*\*) Durch Gesetz vom 7. August 1885.



Zuckerausfuhr über die asiatischen Länder bis zum Jahre 1891 in Kraft bleiben sollte. Diese Prämien wurden aber nur unter dem Rechtstitel eines Darlehens gegeben, sie mussten bis Ende 1887 an die Staatskasse wieder zurückgezahlt werden. Russland konnte am ehesten in der Zuckerprämienfrage selbstständig vorgehen, weil dort die Produktion ungefähr die Konsumtion deckt; es erhebt Eingangszölle in der Höhe von 37 bis 39 Mk. pro 100 kg für Rohzucker, 54 bis 57 Mk. für raffinierte Zucker, wodurch es sich vom Auslande fast vollkommen abschliesst; eine weitergehende Vergrösserung der Produktion wurde bisher nicht als im Interesse der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Landes liegend erachtet.

Eine eigentümliche Form der Prämie existiert auf Grund des Gesetzes vom 20. Juni 1888 zur Zeit in der österreichisch-ungarischen Monarchie: hier ist die Fabrikatsteuer eingeführt und gleichzeitig der Betrag der für die Ausfuhr festgesetzten Prämien kontingentiert; die Fabrikanten des Zuckers erhalten nach Maassgabe ihrer Produktion jährlich fünf Millionen Gulden aus dem Staatssäckel, woraus sich im Jahre 1888/89 eine Prämie von ca. 1,35 Gulden pro 100 kg Rohzucker ergeben hat. \*)

Aus den vorangestellten Erörterungen über die Technik der Prämien geht zur Genüge hervor, dass diese unter jeder möglichen Steuerform gegeben werden können; selbst die Fabrikatbesteuerung lässt versteckte Prämien zu, solange die Tendenz einer Regierung dahin geht, Exportbonifikationen zu gewähren und diese hinsichtlich ihrer Höhe mit dem entrichteten Steuerbetrage in Einklang zu bringen; wir haben weiterhin gezeigt, dass die Zuckerprämie fast in allen Ländern eine andere Gestalt gewonnen hat, und dass sie wegen

---

\*) Vgl. Herbertz' „Deutsche Zuckerindustrie“ vom 7. September 1888.



der Unmöglichkeit, die Roh- und raffinierten Zucker eines Landes zu dem Zweck der Besteuerung resp. der Bemessung der Steuerrückvergütung in ein zutreffendes Verhältnis setzen zu können, für beide Fabrikate immer in unverhältnismässiger Höhe vorhanden sein muss. Es mag noch erwähnt werden, was auch der Abgeordnete Nobbe bei der Besprechung der Londoner Zuckerkonvention vom 30. August 1888 beiläufig bemerkte,\*) dass Prämien selbst in ganz unfassbaren Formen gegeben werden können, z. B. in Form von billigen Frachten, Ausnahmetarifen, Zollfreiheiten bei der Einfuhr von Maschinen, landwirtschaftlichen Unterstützungen. Indessen dürfte man schwerlich zu der Annahme berechtigt sein, dass derartige Begünstigungen einen dauernden, bemerkenswerten Einfluss auf die Produktion und den Handel des Zuckers ausüben werden. Von grösserer Tragweite für das wirtschaftliche Leben sind, was die Wirkungen der Prämien in ihren mannigfaltigen, äusseren Formen anlangt, höchstens noch die Bestimmungen der französischen Zuckersteuergesetze, wonach die Eingangszölle je nach der Herkunft (aus den französischen Kolonien) und der Transportweise verschieden gestaltet sind.

Es handelt sich jetzt für uns darum,

### **die Wirkungen der Zuckerprämien**

kennen zu lernen und zu untersuchen, in welchem Verhältnis dieselben zu den allgemein anerkannten Forderungen der Volkswirtschaftslehre und der Finanzwissenschaft stehen.

Betrachten wir im allgemeinen die Folgen, welche die Bewilligung von Prämien auf die Erzeugung und Ausfuhr von Zuckerfabrikaten nach sich ziehen musste, so erhellt aus den vorangestellten Erörterungen über die Entstehungsgründe und die Mannigfaltigkeit der

---

\*) Vgl. Protokoll der Reichstagsverhandlungen vom 28. Januar 1889.



Formen der Prämien, dass für die Beurteilung derselben eine Unterscheidung zweckmässig und notwendig ist zwischen

- a) den Prämien in der merkantilistischen Epoche,
- b) den Prämien in ihrer späteren Entwicklung und zur Jetztzeit.

Als der Zucker ein spezifisch exotisches Produkt war und als Roh- oder Halbfabrikat in die europäischen Länder eingeführt wurde, lag der Bewilligung von Prämien für denselben vornehmlich die Absicht und der Zweck zu Grunde, eine Raffinationsindustrie zu schaffen und zur Blüte zu bringen. Dass dieser ursprüngliche Zweck in vollkommen befriedigender Weise erreicht worden ist, beweist der grossartige Aufschwung, welchen jene Industrie zur Zeit des praktisch durchgeführten Merkantilsystems genommen hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass eine blosse Vergütung des Einfuhrzolles bei der Ausfuhr, sofern es überhaupt möglich gewesen wäre, die Identität der verarbeiteten und ausgeführten Fabrikate mit den verzollten Rohmaterialien festzuhalten, auf die Einfuhr, Produktion und Ausfuhr bei weitem nicht so intensiv gewirkt hätte. Indem der Staat Prämien gewährte, erfüllte er also eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik, welche darin besteht, dass er sich eine nationale Industrie gründet und dadurch in wirtschaftlicher Beziehung bis zu einem gewissen Grade eine Unabhängigkeit von der Produktion des Auslandes erlangt. Ein besonders starkes Interesse an der Gründung von Raffinerien hatten, wie wir früher bereits ausgeführt, diejenigen Staaten, welche Zucker produzierende Kolonien besassen; für diese waren die Prämien bei der Zuckerausfuhr hinsichtlich der Wirkungen noch von ganz hervorragender Bedeutung: die mit Hilfe jener staatlichen Gratifikationen stetig wachsende Produktion des Inlandes machte natürlich eine Steigerung des Zuckerimportes aus den Kolonien erforderlich, deren „An-



gebot, was den Rohzucker betrifft, einer bis zur Überproduktion reichenden Entwicklung fähig war.“\*)

Dieses wirtschaftlich-nationale Moment im Prämienwesen schliesst aber schon die Voraussetzung ein, dass in weiterer Folge auch der überseeische Handel gefördert wurde, wobei zu berücksichtigen ist, dass jene Staaten der nationalen Flagge besondere Bevorzugungen vor den fremden bei der Verzollung zu teil werden liessen.

Fanden infolge des lebhaften Handelsverkehrs die kolonialen Produkte einen regelmässigen und schnellen Absatz, so spielte ausser dem wirtschaftlichen und handelspolitischen noch das national-politische Moment eine grosse Rolle. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Mutterlande wurde in den Kolonien durch die Prämien wesentlich miterhalten. Lexis bemerkt hierüber sehr treffend\*\*): „Im Allgemeinen wirkte die Prämie für Waaren aus exotischem Material immer als ein Kitt zwischen den Interessen der Kolonien, der Rhederei und der geschützten Industrie des Mutterlandes.“

Beurteilt man die Zuckerprämien der älteren Epoche von praktischen Gesichtspunkten aus und nach Maassgabe der Zeit, in welcher sie entstanden sind, so wird man nicht ohne weiteres behaupten können, dass sie „ein wirtschaftlicher Fehler“ und deshalb ungerechtfertigt gewesen seien; sie sind allerdings, wie wir nachzuweisen versucht haben, aus ursprünglichen Missbräuchen hervorgegangen, „ein Erzeugnis eigentümlicher und verwickelter Reaktionen zwischen der positiven Gesetzgebung und den ökonomischen Kräften; es kann auch keinem Zweifel unterliegen, dass derartige direkte positive Begünstigungen eines Industriezweiges oder einzelner Gesellschaftsklassen innerhalb

---

\*) Lexis, a. a. O., S. 100.

\*\*) a. a. O., S. 109.



eines Staates notwendig mit Nachteilen für andere Faktoren des Wirtschaftslebens verbunden sein müssen; erkennt man indessen das Eingreifen des Staates in die wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Unterthanen als berechtigt an, erblickt man in den Maximen der merkantilistischen Handels- und Gewerbepolitik nicht „fortgesetzte, beklagenswerte wirtschaftliche Irrtümer“,\*) sondern ein System, welches den damals herrschenden theoretischen Ideen praktischen Ausdruck gab, so wird man sogar zugestehen müssen, dass die Prämien in gewisser Beziehung notwendig waren zur Ergänzung und Verbesserung eines Systems, welches seinem Wesen nach den Aufschwung der Industrie und des auswärtigen Handels hemmte und einer rationellen Vermehrung des Nationalvermögens starke Fesseln anlegte. Würden die Regierungen der europäischen Staaten den veränderten Zeitbedürfnissen Rechnung tragend mit dem Aufgeben der merkantilistischen Grundsätze in der Politik eine gründliche Reform der Zuckersteuern vorgenommen haben, hätte man die Zuckerprämien allmählich vermindert, bis sie zur blossen Steuerrestitution, zum natürlichen Ausgleichsmittel der Verschiedenheiten der Konsumbesteuerung der einzelnen Länder geworden,\*\*) so würde jene wirtschaftliche Institution wohl zu allen Zeiten eine günstige Kritik erfahren haben; für jene ältere Zeit möchten wir dieselbe unbedingt als berechtigt anerkennen, unbekümmert um die Nachteile, welche aus ihrer Bewilligung für die fiskalischen und steuerpolitischen Verhältnisse erwachsen sind.

Übrigens wird man schwerlich zu der Vermutung berechtigt sein — die äusserst dürftigen statistischen Angaben aus jener Zeit bieten für positive Behaup-

---

\*) vgl. v. Scheel in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie. Bd. I, S. 78.

\*\*) vgl. Fr. List, Nationales System der politischen Ökonomie (Ausgabe von 1841, S.



tungen keinen genügenden Anhalt —, dass die als Zuckerprämien gezahlten Beträge hinsichtlich ihrer Höhe schon damals zu besonderen Befürchtungen für die national-wirtschaftlichen Interessen Veranlassung gegeben haben; es muss vielmehr vorausgesetzt werden, dass in diesem Falle der durch die Prämie geschädigte Fiskus und andere Gesellschaftsklassen auf deren Beseitigung oder Beschränkung durch staatliche Gesetzgebung gedrungen sein würden.

Noch weniger konnte die Rechts- und Wirtschaftsordnung des achtzehnten Jahrhunderts mit der scharf ausgeprägten Tendenz, „die Solidarität der protektionistischen Interessen“ möglichst zu vervollständigen, zu solchen Bestrebungen hinleiten.

Aber freilich wird man sich nicht verhehlen dürfen, dass es vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus als sehr zweifelhaft erscheinen muss, ob es gerechtfertigt ist, einer Industrie, welche sich bereits viele Jahrzehnte hindurch des durch die Prämie gebotenen Schutzes erfreut hatte und vermöge desselben erstarkt war, fernerhin Unterstützungen in der Form von baaren Beträgen aus der Staatskasse zuzuwenden. —

Was die Wirkungen der Prämien im neunzehnten Jahrhundert betrifft, deren Umfang besonders seit der Entstehung der Rübenzuckerindustrie vielfach erweitert worden ist, so müssen wir für die Kritik die Thatsache berücksichtigen, dass ein in jedem einzelnen Falle zutreffendes positives Resultat nicht erreicht werden kann, weil verschiedene wirtschaftliche Gesetze sich fortwährend durchkreuzen, und weil die Wirkung in jedem einzelnen Falle paralysirt und modifiziert erscheint.

Als charakteristisch für das Zuckerprämienwesen der neueren Epoche überhaupt verdient hervorgehoben zu werden, dass infolge weitergehender zoll- und steuerpolitischer Vorteile, welche dem Rübenzucker vor seinem Konkurrenten von den meisten europäischen Staaten



zugestanden wurden, die Rohrzuckerprämie in demselben Verhältnis an Bedeutung verloren hat, wie es gelungen ist, das exotische Produkt durch das einheimische zu ersetzen. Gleichwohl darf aber die Bedeutung der Rohrzuckerprämie, an deren Beibehaltung besonders Frankreich wegen seiner kolonialen Zuckerproduktion von Alters her ein lebhaftes Interesse bekundet, nicht unterschätzt werden; eine zu Gunsten der Rohrzuckerländer veränderte Gesetzgebung, welche unter Umständen schon in der steuerlichen Gleichstellung beider Produkte gegeben sein kann, müsste auf die europäische Produktion sowie die Importverhältnisse einen sehr grossen Einfluss ausüben.

Nach diesen Bemerkungen allgemeiner Natur wollen wir die Wirkungen der Zuckerprämie erörtern.

Als erheblichsten Einwand gegen jene wirtschaftliche Erscheinung haben die Gegner derselben immer auf die Verluste hingewiesen, welche aus ihrem Bestehen für die Staatskassen erwachsen. Einige allgemeine Übersichten in tabellarischer Form aus der neuesten Zeit mögen die quantitative Entwicklung der Zuckerprämien in einigen wichtigeren Produktionsländern Europas darthun.

Nach dem „Statistischen Jahrbuch des deutschen Reiches (1888)“ betrugen

|            | Konsum<br>pro Kopf der<br>Bevölkerung<br>in kg | Bruttoerträge<br>aus Steuer und<br>Zöllen<br>(Tausende Mark) | Nettoerträge |
|------------|------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------|--------------|
| 1875 . . . | 6.50                                           | 51 325                                                       | 49 684       |
| 1876 . . . | 7.61                                           | 72 252                                                       | 63 249       |
| 1877 . . . | 5.66                                           | 60 153                                                       | 48 536       |
| 1878 . . . | 6.74                                           | 67 824                                                       | 49 815       |
| 1879 . . . | 6.84                                           | 76 171                                                       | 50 544       |
| 1880 . . . | 6.48                                           | 78 604                                                       | 54 205       |
| 1881 . . . | 6.40                                           | 102 645                                                      | 46 148       |
| 1882 . . . | 6.94                                           | 101 869                                                      | 56 877       |



|            | Konsum<br>pro Kopf der<br>Bevölkerung<br>in kg | Bruttoerträge<br>aus Steuer und<br>Zöllen<br>(Tausende Mark) | Nettoerträge |
|------------|------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------|--------------|
| 1883 . . . | 8,40                                           | 141 684                                                      | 67 286       |
| 1884 . . . | 8,05                                           | 144 090                                                      | 47 788       |
| 1885 . . . | 8,15                                           | 167 821                                                      | 39 368       |
| 1886 . . . | 8,4*)                                          | 114 559                                                      | 24 492       |
| 1887 . . . | 8,65*)                                         | 142 445                                                      | 28 263       |

Der Export von Zucker (auf Rohzucker reduziert) betrug:

|            |           |       |
|------------|-----------|-------|
| 1881 . . . | 2 839 040 | Metr. |
| 1882 . . . | 3 144 100 | "     |
| 1883 . . . | 4 725 510 | "     |
| 1884 . . . | 5 958 140 | "     |
| 1885 . . . | 6 737 270 | "     |
| 1886 . . . | 5 003 210 | "     |
| 1887 . . . | 5 856 280 | "     |

Nimmt man an, dass für einen Metr. ausgeführten Zuckers 18 Mk. Exportvergütung gezahlt worden sind, so beziffern sich die Prämien, d. h. die Verluste der Reichskasse durch Steuerentgänge nach den amtlich festgestellten Zahlen

für 1881 auf ca. 50 400 000 Mk.

|        |   |   |            |   |
|--------|---|---|------------|---|
| " 1882 | " | " | 45 300 000 | " |
| " 1883 | " | " | 56 630 000 | " |
| " 1884 | " | " | 37 800 000 | " |
| " 1885 | " | " | 46 200 000 | " |
| " 1886 | " | " | 24 500 000 | " |
| " 1887 | " | " | 37 100 000 | " |

Zu welchen Konsequenzen die Zuckerprämie führen kann, veranschaulicht in ausserordentlich drastischer Weise die Statistik der österreichisch - ungarischen Monarchie. Hier belief sich\*\*)

\*) Nach Herbertz' Angaben über den Gesamtverbrauch berechnet. Vgl. „Die deutsche Zuckerindustrie“ vom 31. August 1888.

\*\*) Vgl. v. Kaufmann a. a. O. S. 109.



|                  | die Summe der    |                |
|------------------|------------------|----------------|
|                  | Zuckersteuer und | Steuer-        |
|                  | Zuckerzölle      | rückvergütung  |
| 1874/75 . . .    | 7 201 007 fl.    | 5 458 683 fl.  |
| 1875/76 . . .    | 9 337 435 fl.    | 9 472 991 fl.  |
| 1879/80 *) . . . | 19 175 786 fl.   | 20 843 110 fl. |
| 1880/81 . . .    | 35 277 783 fl.   | 29 994 247 fl. |
| 1882/83 . . .    | 39 101 156 fl.   | 27 563 813 fl. |
| 1883/84 . . .    | 33 485 323 fl.   | 24 832 666 fl. |
| 1884/85 . . .    | 34 728 633 fl.   | 35 173 674 fl. |

Eine Vergleichung dieser Zahlen zeigt uns, dass der Staat in den Jahren 1875/76 und 1879/80 aus der Zuckersteuer nicht nur keine Einnahmen erzielt, sondern sogar noch 135 566 resp. 1 667 324 fl. aus seiner Tasche auf den Export verwendet hat. Dieselbe Erscheinung würde sich in der Kampagne 1884/85 wiederholt haben, hätte der Staat diesem Missstände nicht gesetzlich durch Kontingentierung der Steuer vorgebeugt.

Auch in Frankreich hat die Staatskasse der Zuckerindustrie, und zwar vorzugsweise der Raffinationsindustrie, seit langer Zeit grosse Opfer gebracht. Bereits im Jahre 1832 wurden an Exportprämien 18<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Millionen Franken gegeben, wodurch mehr als die Hälfte des Zuckerzolles wieder zur Auszahlung gelangte\*\*); im Jahre 1863 erlitt der französische Staatsschatz infolge der Zuckerprämie eine Einbusse von ca. 50 Millionen Franken.\*\*\*) Nach den Mitteilungen des französischen Ministeriums†) betrug die Menge des steuerfrei in den Verbrauch getretenen Zuckers

|                        |               |
|------------------------|---------------|
| im Jahre 1884/85 . . . | 369 440 Mctr. |
| „ „ 1885/86 . . .      | 709 530 „     |
| „ „ 1886/87 . . .      | 150 780 „     |

\*) Nach Wolf, Finanzarchiv III. Jahrgang, S. 39.

\*\*) vgl. v. Kaufmann, a. a. O. S. 121.

\*\*\*) s. Lexis, a. a. O. S. 113.

†) s. Paasche, Deutsches Wochenblatt vom 25. Oktober 1888.



Daraus ergibt sich bei 40 Frs. pro Mctr. Steuerschuldigkeit ein Steuerverlust von 14 857 000 plus 28 381 200 plus 60 302 000 Frs. in dem bezeichneten Zeitraum für die Staatskasse. Durch das Gesetz vom 24. Juli 1884, welches am 1. September 1887 in Kraft getreten ist, sind bereits in dem ersten Jahre seines Bestehens die fiskalischen Interessen Frankreichs in ganz empfindlichem Maasse geschädigt worden. Der Steuerertrag der einheimischen und kolonialen Zuckerproduzenten betrug bereits in der Kampagne 1887/88 nach Herberth's\*) sorgfältigen Ermittlungen 71 1/4 Millionen Francs, wovon 47 380 500 Francs auf die einheimische Produktion entfallen.

Aus den angeführten Zahlen, welche durch die statistischen Erhebungen anderer Staaten vielfach ergänzt werden könnten, geht zur Genüge hervor, welchen unmittelbaren Einfluss die Zuckerprämien auf die Finanzen ausüben können. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass dieselben vom fiskalischen Gesichtspunkte nicht gerechtfertigt werden können. Der Staat, welcher in seinem Steuersystem Prämien zulässt, verstösst gegen das Haupterfordernis, welches die Finanzwissenschaft an die Aufwandsbesteuerung stellt: dass nämlich die Steuer das gesammte Erzeugnis trifft und also dem Budget des Staates, welcher sie erhebt, keinen Schaden zufügt.

Sodann liegt der Aufwandsbesteuerung ein grosses finanzpolitisches Prinzip zu Grunde; es muss ein Hauptvorteil derselben darin erkannt werden, dass sie mit der Vermehrung der Bevölkerung und mit dem Wachstum des Volkswohlstandes auch ohne Erhöhung des Steuersatzes steigende Erträge abwerfen und dadurch die Möglichkeit gewähren, den bei fortschreitenden Kulturvölkern stets wachsenden Bedarf ohne aufreibende und verbitternde Steuerkämpfe zu befriedigen.

---

\*) „Deutsche Zuckerindustrie“ vom 21. September 1888.



Die versteckten Zuckerprämien haben bewirkt, dass gerade das Gegenteil von dem erreicht wurde, was gesetzgeberische Absicht und Voraussetzung bei der Besteuerung gewesen ist; nicht steigende, sondern immerfort zurückgehende Erträge ergaben sich für den Fiskus aus der Zuckerbesteuerung. Während z. B. in Deutschland die Zahl der Bevölkerung von Jahr zu Jahr fast stetig gewachsen ist, während der Zuckerkonsum eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren hat, sind die Reineinnahmen aus der Steuer besonders in der letzten Zeit immer mehr zurückgegangen, eine Erscheinung, die nur durch das Anwachsen der Prämie erklärt werden kann.

Wenn durch die Zuckerprämie gar Zustände geschaffen werden wie in Oesterreich-Ungarn, wo der Staat, wie schon bemerkt, noch positive Zuschüsse leisten musste, ohne auch nur einen Kreuzer Reineinnahme aus der Steuer zu erzielen, so ist die Verwerflichkeit jener Institution für die steuerfiskalischen Interessen in vollstem Maasse bewiesen.

In einem gewissen Zusammenhange mit den Wirkungen der Prämie für die fiskalischen Verhältnisse steht der Einfluss, welchen dieselben besonders in neuerer Zeit auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ausgeübt haben.

In dem natürlichen Wesen der Prämie ist es begründet, dass eine durch dieselbe begünstigte Industrie kapitalkräftig und in den Stand gesetzt wird, die Produktion erhöhen zu können.

Infolge der Bewilligung von Exportprämien machte sich in der Zuckerindustrie „eine starke Neigung zu riesenhaften Grossbetrieben geltend, Anlage- und Betriebskapitalien wuchsen in unglaublichem Grade, und bald kam es so, dass die Existenz aller dieser grossen Unternehmungen von der Steuervergütung allein ab-



hing, während die Produktion die Konsumtions-Vermehrungsfähigkeit erheblich überstieg.“ \*)

In demselben Sinne spricht sich J. Wolf über den Einfluss der Zuckerprämie auf die wirtschaftlichen Interessen aus \*\*): „Auf Grund eines günstigen Steuer-calculs wurden immer und immer wieder neue Fabriken errichtet, „Treibhaus-Fabriken“, die Produktion der bestehenden über die Maassen vermehrt.“

Mit Beziehung auf eine Periode des französischen Prämiensystems sagt Lexis \*\*\*): „Die Prämie hat also bewirkt, dass mehr Fabrikate ausgeführt worden sind, als es die natürlichen Produktionsbedingungen des Landes möglich gemacht haben würden, und darin zeigt sich eben der gratifikatorische Charakter der Prämie, die also dazu beitragen kann, die Rohproduktion eines Landes in eine der Natur desselben wenig zusagende und daher unwirtschaftliche Richtung zu leiten.“

Auch Lorenz v. Stein führt aus, dass die Prämienwirtschaft die rationellen Grundlagen für die Zuckerproduktion völlig verschoben, dass sie den Spielraum der grössten Spekulation im Welthandel bildete und damit eine Produktion erzeugte, welche weitaus das Maass jedes Landes überstieg. †)

Um einen Begriff von der ungeheueren Produktionsvermehrung zu bekommen, wollen wir wenige Zahlen aus der Statistik des Zuckers anführen:

Im deutschen Zollverein ist die Zahl der Fabriken von 247 im Jahre 1861 auf 410 im Jahre 1884, die Produktion in dem bezeichneten Zeitraum von 2 500 000 Mctr. auf mehr als 20 000 000 Mctr. gestiegen. Während Deutschland Ende der sechziger Jahre zur Deckung seines Konsums noch auf den Import aus

---

\*) Roscher, System der Finanzwissenschaft.

\*\*) Tübinger Zeitschrift (1882) a. a. O. S. 179.

\*\*\*) „Französische Ausfuhrprämien“ S. 101.

†) Lehrbuch der Finanzwissenschaft, a. a. O. S. 337.



anderen Ländern angewiesen war, konnte es im Jahre

1885/86 . . . ca. 5 000 000 Mctr.\*),

1886/87 . . . „ 6 611 279 „

1887/88 . . . „ 5 147 229 „

exportieren, ohne erhebliche Quantitäten fremden Zuckers importieren zu müssen.

In Frankreich hat sich die Produktion in der Periode von 1868—1883 fast verdoppelt, in Russland hat sich dieselbe innerhalb des Jahrzehntes 1875—1885 mehr als verdoppelt. Österreich-Ungarn führte bei fast stetig wachsendem Konsum im Jahre 1875/76  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mctr. Zucker aus gegen  $3\frac{1}{2}$  Millionen im Jahre 1884/85. Auch die Exportziffern für Belgien und Holland weisen bei fast gleichbleibender Einfuhr eine beträchtliche Vermehrung der Ausfuhr von Zuckerfabrikaten auf, wenngleich dieselbe in diesen Ländern nicht so grosse Dimensionen angenommen hat wie in den vorher angeführten.

Mit dieser Vermehrung der Produktion konnte die Konsumtion unmöglich Schritt halten; es trat eine Überproduktion und Krisis ein, welche sich besonders im Jahre 1884/85 so schwer fühlbar machte, dass die europäischen Kontinentalstaaten, wofern sie ihre Zuckerindustrie nicht dem Untergange preisgeben wollten, gezwungen waren, dieselben durch zoll- und steuerpolitische Vorteile zu unterstützen.

Der Auffassung, dass die Exportprämien in erster Linie die Überproduktion verschuldet haben, dass Fabriken der Prämien wegen begründet worden sind, ist jüngst Paasche entgegengetreten\*\*); derselbe leugnet, dass die Prämie so hoch gewesen ist, als sie von einigen Gegnern der Rohmaterialsteuer in Deutschland hingestellt würde; die um die Industrie gruppierten

\*) incl. Raffinaden, welche nach dem Verhältniss 9:10 auf Rohzucker berechnet sind.

\*\*) Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Jena 1887.



Kreise hätten darauf gefasst sein müssen, dass die Prämie durch die Gesetzgebung beseitigt werden könne, und sie würden bei ihren Berechnungen des mutmaasslichen Gewinnes sicherlich einen eventuellen Rückgang der Preise mitkalkuliert haben.

Paasche erblickt die Gründe für das „ungesunde Wachstum der Industrie“ in dem „Darniederliegen der Landwirtschaft“. Die mehr und mehr gesunkenen Getreide- und Viehpreise hätten Provinzen wie Schleswig-Holstein, Preussen und Posen dazu gezwungen, sich dem Rübenbau zuzuwenden, um durch intensivere Wirtschaftsweise höhere Erträge zu erzielen und so die Grundrente zu steigern. Die Rübe ist bekanntlich eine vorzügliche Kulturfrucht; „die höheren Erträge aus den Nachfrüchten und der Viehhaltung haben die Landwirte oft mehr als die ungewisse Aussicht auf hohe Dividenden einer Fabrik zur Begründung einer solchen veranlasst.“

Die Richtigkeit dieser Behauptung kann unseres Erachtens nicht unbedingt zugegeben werden.

Zunächst war nicht anzunehmen, dass die gesetzgebenden Faktoren Deutschlands die Prämien beseitigen würden, ohne vollwertige Garantien zu haben, dass die übrigen wichtigen europäischen Produktionsstaaten unmittelbar in diesem Vorgehen folgen würden, denn sonst hätte man offenbar der deutschen Industrie den Todesstoss versetzt. Sodann ist statistisch nachgewiesen, dass die Begründung vieler Fabriken und die Vergrößerung der schon bestehenden Betriebe in eine Zeit fällt, wo die Preise für landwirtschaftliche Produkte einen relativ genommen hohen Stand erreicht hatten und wo die Zuckerprämien grade am meisten anschwollen, d. i. zu Anfang der achtziger Jahre, kurze Zeit vor der thatsächlich eingetretenen Überproduktion. Diese That-sachen stehen in einem gewissen inneren Widerspruch mit der Ansicht Paasche's und bestimmen uns, den von



Wolf, v. Stein, Roscher u. a. entwickelten Gründen für die Entstehung der Überproduktion beizupflichten. —

Mit Recht hat Paasche wie auch J. Wolf\*) die Bedeutung der Zuckerrübe als einer ausgezeichneten Kulturfrucht hervorgehoben; nur hätte das mit gewissen Einschränkungen geschehen müssen.

In allen Ländern, wo die Rohmaterialsteuern gesetzlich eingeführt sind, hat die Zuckerrübe grossenteils die volkswirtschaftlich gewiss bedeutsame Aufgabe, die Grundrente zu steigern, nicht in dem gewünschten Maasse erfüllt, und zwar deshalb, weil die Prämien, welche auf Grund jener Steuern gegeben wurden, eine rationelle Bewirtschaftung des Bodens als privatwirtschaftlich weniger vorteilhaft erscheinen liessen.

Die Prämien gewährenden Rohmaterialsteuern haben, wie schon in der Darstellung der Prämientechnik angedeutet war, die Tendenz, zur Züchtung möglichst zuckerreicher Rüben anzuspornen. „Nun sind aber weder im landwirtschaftlichen noch im volkswirtschaftlichen Interesse die zuckerreichen Rüben die besten.“ „Der Anbau kleiner, zuckerreicher Rüben ist ein wahrer Ruin für die Landwirtschaft, wie die Versuche bedeutender Autoritäten bewiesen haben.“\*\*) In der That hat man festgestellt\*\*\*) (Prof. Dr. Märcker-Halle), dass kleine Rüben den grössten Zuckergehalt besitzen und dass, je kleiner die Entfernung der einzelnen Rüben von einander auf einem und demselben Felde ist, desto mehr die Rübe an Zuckergehalt gewinnt. Ferner darf der Boden, welcher Rüben mit grossem Zuckergehalt tragen soll, nicht stark gedüngt werden.

---

\*) Tübinger Zeitschrift a. a. O. S. 301.

\*\*) vgl. den Bericht der XIV. Versammlung des deutschen Landwirtschaftsrates. Berlin 1886. S. 845.

\*\*\*) vgl. Wolf in Tübinger Zeitschrift (1882) a. a. O. S. 301.



„Die rasche Folge von Rübe auf Rübe, eng gebaut, auf ungedüngtem oder doch nicht genügend gedüngtem Terrain hat naturgemäss den Boden physisch krank, „rübenmüde“, gemacht. Auf einem Felde der Halleschen Zuckersiederei sank der Ertrag von einer Kampagne zur anderen durch die Rübenmüdigkeit des Bodens von 100 Ctr. auf 28 Ctr. Rüben pro Morgen.

Aus diesen Thatsachen geht der unheilvolle Einfluss der Prämien auf die Landwirtschaft deutlich hervor.

In ähnlicher Weise wirkt die Prämie, auf Grund der Rohmaterialbesteuerung gewährt, auf die Fabrikation selbst schädlich ein.

Sowohl unter der Rüben-, wie Pauschalierungs- oder Saftsteuer sind die Bestrebungen der Produzenten darauf gerichtet, der Rübe möglichst den ganzen Zuckergehalt zu entziehen, um Steuerersparnisse zu machen und dementsprechend grössere Prämien zu erzielen. Hierbei kommt es dann vor, dass der Produzent das letzte gewinnbare Atom Zucker mit ökonomisch nicht zu rechtfertigenden, unverhältnismässigen Kosten gewinnt; „Zeit und Kraft der Besteuerten werden übermässig angespannt und anderen berechtigten, nichtwirtschaftlichen Interessen zu sehr entzogen.“\*) Die höheren Kosten in der Fabrikation bedeuten für die volkswirtschaftliche Produktion ein Defizit und sind nur in dem privatwissenschaftlichen Interesse begründet.

Von noch grösserer Tragweite sind die Wirkungen der Prämien, welche sich aus der Typenbesteuerung ergeben; hier berührt sich das fiskalische Interesse mit dem rein wirtschaftlichen

Das Färben der Zuckersorten vor der Einfuhr hatte zu den grossartigsten Defraudationen und Benachteiligungen der Staatskassen geführt.

Abgesehen von diesen schlimmen Wirkungen macht jener Prozess noch gänzlich unwirtschaftliche Arbeit

---

\*) A. Wagner, Finanzwissenschaft, 1880, Th. II, S. 272.



und Ausgaben nötig. „Für das Färben der im Auslande gekauften Zucker wird z. B. von den holländischen Importeuren  $\frac{1}{2}$  Fl., bisweilen auch mehr pro Mctr. über den gewöhnlichen Preis gezahlt, und diesen Färbstoff hat der Raffineur wieder zu entfernen, was ihm  $\frac{1}{4}$  Fl. kostet.“\*)

Dass die Prämie, welche derartige Zustände heraufbeschworen hat, die schärfste Verurteilung verdient, unterliegt keinem Zweifel; denn dieselbe widerstrebt nicht nur dem fundamentalen Postulat an die volkswirtschaftliche Produktion zur Herstellung guter Zustände und zur Sicherung des Fortschrittes, sondern auch unmittelbar den ethischen Aufgaben und Zwecken der Volkswirtschaft. —

Nachdem wir den verderblichen Einfluss der Zuckerprämien auf die fiskalischen und wirtschaftlichen Verhältnisse kennen gelernt haben, bleibt noch die Frage: „Wie wirkt die Prämie auf die sozialpolitischen Verhältnisse eines Landes?“ der Untersuchung vorbehalten.

Was die Prämien der älteren Epoche anlangt, so können wir auf die abstrakten Erörterungen Adam Smiths und Ricardo's über die Wirkungen derselben nach dieser Richtung hin verweisen.

Die Quintessenz der Smithschen Erörterungen ist\*\*):

Durch die Gewährung von Prämien wird eine Mehrausfuhr veranlasst, welche auf Kosten des inneren Marktes erfolgt; wäre die Waare im Lande geblieben, so hätte sie auf Ermässigung des Preises hingewirkt. Die Prämie belaste das Volk also in zweifacher Beziehung: erstens hat es die Steuer aufzubringen, welche aus dem erhöhten Preise der Waare entspringt; sodann muss das Defizit, welches die Prämie verursacht, gedeckt werden.

---

\*) J. Wolf im Finanz-Archiv a. a. O. S. 68.

\*\*) vgl. Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes (Stöpel'sche Übersetzung) Bd. III, S. 2—15.



Während Adam Smith in den Prämien direkte staatliche Begünstigungen der Importeure und Exporteure erblickt, so geht Ricardo in seinen Erörterungen über die Wirkungen der Prämie in sozialpolitischer Beziehung einen Schritt weiter und gelangt zu einem ganz anderen Resultat. Ricardo erwartet in dem durch die Prämien begünstigten Industriezweige eine mächtige Steigerung der Produktion und eine wachsende Weltmarktkonkurrenz, wodurch der Gewinn der Fabrikanten auf das allgemeine Niveau herabgedrückt und die natürlichen Preise wieder hergestellt würden.

Die Finanzpolitiker der neueren Zeit neigen sich fast ohne Ausnahme der Ansicht zu, dass die Zuckerprämie notwendigerweise eine Belastung der gesamten Bevölkerung zu Gunsten einzelner Gesellschaftsklassen im Staate involviere; so z. B. Lexis, Riecke, v. Kaufmann, Wolf u. a.

Unseres Erachtens kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die Exportprämie zu einer Belastung

a) der Staatskasse, also in zweiter Linie der gesamten Steuerpflichtigen.

b) der Zuckerkonsumenten führen muss.

Bleiben die Erträge aus der Zuckerbesteuerung infolge der Prämien gegen den Voranschlag zurück, so muss für den Ausfall an Einnahmen ein Ersatz geschaffen werden; dabei darf die Möglichkeit, dass durch die Ersatzsteuer diejenigen getroffen werden, welche man mit der Zuckersteuer zu treffen beabsichtigt hatte, als ausgeschlossen gelten; viel eher muss man annehmen, dass die Gesamtheit der Bevölkerung die Prämien aufbringen wird.

Ferner besitzt die Zuckerprämie für den inländischen Konsumenten den Charakter einer indirekten Steuer; wie eine Vergleichung der Marktberichte von London und Magdeburg zeigt, stand in den Jahren 1887 und 1888 der deutsche Zucker (88<sup>0</sup>/<sub>100</sub> Pol.) dort um den



Betrag der Prämie, etwa abzüglich der Transportkosten, im Preise niedriger als hier abzüglich der Steuer.

Andererseits muss aber berücksichtigt werden, dass die Prämie, besonders wenn sie auf Grund der Rohmaterialsteuer gegeben wird, in hohem Grade die Tendenz hat, zu gewissen ökonomisch-technischen Fortschritten, sei es bei der Gewinnung eines grösseren und besseren Produktes, sei es bei der Ersparung von Kosten anzutreiben, durch welche die Verwohlfeilerung der Fabrikate bewirkt werden kann.

Der Zuckerpreis hat sich, wie folgende Tabelle zeigt, in diesem Jahrhundert ganz ausserordentlich ermässigt.

Nach dem Bericht des Handlungshauses J. Travers und Sons betragen die Preise in London pro 1 cwt\*)

|            | für Rohzucker | Raffinade     |
|------------|---------------|---------------|
| 1817 . . . | 81—100 sh.    | 75—185 sh.    |
| 1827 . . . | 64—80 sh.     | 57—160 sh.    |
| 1837 . . . | 54—71 sh.     | 43—100 sh.    |
| 1847 . . . | 33—56 sh.     | 33—75 sh.     |
| 1857 . . . | 41—61 sh.     | 40—70 sh.     |
| 1867 . . . | 25—41 sh.     | 27,6—53 sh.   |
| 1877 . . . | 15,6—36 sh.   | 20,6—38 sh.   |
| 1887 . . . | 9,0—17,6 sh.  | 10,6—19,9 sh. |

In Deutschland sind die Zuckerpreise von 1822 bis 1853 für 50 kg Raffinade in Berlin und Magdeburg von 34 Thlr. auf 17 $\frac{1}{3}$  Thlr. gefallen.

Sie betrugen ferner seit Einführung der Prämien in Mark pro 50 kg nach den Jahresdurchschnitten:\*\*)

|               | für Kristallzucker<br>über 98% Pol. | für Rohzucker<br>von 88% Pol.<br>u. mehr. |
|---------------|-------------------------------------|-------------------------------------------|
| 1871/72 . . . | 45,1                                | 37,9                                      |
| 1875/76 . . . | 35,3                                | 26,8                                      |
| 1876/77 . . . | 42,5                                | 36,3                                      |

\*) 1 cwt = 50,80 kg.

\*\*) Nach der Reichsstatistik.



|               | für Kristallzucker<br>über 98 % Pol. | für Rohzucker<br>von 88 % Pol.<br>u. mehr. |
|---------------|--------------------------------------|--------------------------------------------|
| 1883/84 . . . | 32                                   | 29,2                                       |
| 1884/85 . . . | 26                                   | 24,3                                       |
| 1886/87 . . . | 26,45                                | 20,80                                      |
| 1887/88 . . . | 28,90                                | 22,27 *)                                   |

An diese Zahlen lassen sich mannigfache Beobachtungen knüpfen, wenngleich man sich hüten muss, zu weit gehende Schlüsse zu ziehen.

Für die starke Reduktion des Zuckerpreises in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts dürfte der hauptsächlichste Grund in der Entwicklung der Rübenzuckerindustrie zu suchen sein, während für die nachfolgende Zeit vornehmlich die Verbesserungen der Technik in der Rübenkultur und Rübenverarbeitung, sowie die Fortschritte im Verkehrswesen die Verringerung der Gestehungskosten und dementsprechend die Herabsetzung der Preise verursacht haben.

Wenn man nun zugiebt, dass die Prämien ebenso wie Steuererhöhungen zu Produktionsfortschritten anspornen, und wenn man ferner den Umstand berücksichtigt, dass die Prämien ein Reizmittel zu einem ungesunden Anwachsen der Produktion bilden, so wird man sich der Ansicht nicht verschliessen können, dass sie auf die Preisgestaltung zu Gunsten der Konsumenten einen weitgehenden Einfluss ausgeübt haben.

Was die oben angeführten Zahlen für Deutschland betrifft, so drückt sich die Prämie in denselben nur sehr schwach ab, weil noch eine Reihe anderer Momente wie z. B. die eingetretene Geldentwertung, das Angebot der Kolonien auf dem englischen Markte u. a. m. von grosser Wichtigkeit für die Zuckerpreise in Deutschland sind. Überraschend ist jedenfalls der Preissturz von 29.2 Mk. im Jahre 1883/84 auf 20.8 Mk. im

\*) Nach Herbertz, „Die deutsche Zuckerindustrie“ vom 5. Oktober 1888.



Jahre 1886/87. Anfang der achtziger Jahre schwoll die Prämie ausserordentlich schnell an. Die lohnenden Preise zu dieser Zeit, verstärkt durch die Prämien, führten zur Überproduktion; die Produzenten konnten für ihre Waaren unter den bestehenden Konkurrenzverhältnissen nicht mehr einen Preis erzielen, der den üblichen normalen Kapitalgewinn abwarf.

Wenngleich sich aber die Zuckerpreise im Laufe der Zeit unter der Mitwirkung der Exportprämien allgemein vermindert haben, so kann ein Berechtigtsein derselben aus sozialpolitischen Rücksichten nicht mehr hergeleitet werden. Die Zuckerindustrie ist zur Zeit schon so hoch entwickelt, dass man mit derartigen künstlichen Unterstützungen nach allgemeiner Annahme nur noch geringe technische Fortschritte erzielen wird; keinesfalls können diese in einem gerechtfertigten Verhältnis zu den Opfern stehen, welche der Staat bringt; die Zuckerprämie erscheint uns also auch aus diesem Grunde nicht nur als entbehrlich, sondern sogar als verwerflich.

Das ganze Prämiensystem an sich hat auch aus einem anderen Gesichtspunkt eine sehr bedenkliche Seite.

Wir haben bei der Besprechung der Prämientechnik gesehen, dass die Prämien für den Rübenzucker unter den bestehenden Steuergesetzen durch die Qualität des Bodens, durch klimatische Verhältnisse und den Stand der Technik bedingt werden; es haftet ihnen also der vom sozialpolitischen Gesichtspunkt sehr beachtenswerte Mangel an, dass sie auch für die Produzenten ungerecht wirken. Dieselben arbeiten innerhalb desselben Landes unter ungleichen Produktionsbedingungen, auf ein und dasselbe Quantum Zucker, welches produziert wird, fällt bald ein geringerer, bald ein grösserer Steuerbetrag, was zur Folge hat, dass dem einen Produzenten eine grössere, dem anderen eine niedrigere oder auch gar keine Prämie zu teil wird.



Derartige reelle Ungleichheiten der Besteuerung und Prämienverteilung müssen bei steigender Konkurrenz im Welthandel darauf hindrängen, den mit geringeren Ausbeuten arbeitenden Fabriken das Leben zu nehmen.

Vom sozialpolitischen Standpunkt ist das Verfahren der Regierung nach dieser Seite hin nicht zu rechtfertigen.

Man wird es als die Signatur unserer Kulturepoche bezeichnen, dass auf sozialpolitischem Gebiet durch das Eingreifen des Staates in die Verhältnisse seiner Unterthanen immer grössere Aufgaben gelöst werden; erfreulicherweise lassen es sich fast alle Kulturstaaten angelegen sein, das ethische Moment in die Sozialpolitik einzuführen, den Schwächeren vor der Ausbeutung durch den Stärkeren zu schützen. Ist es angesichts dieser Verhältnisse nicht ein Gebot der ethischen und sozialpolitischen Notwendigkeit, dem vernichtenden Kampf zwischen Gross- und Kleinindustrie ein Ende zu machen und der grossartigsten Weltindustrie gerechte Besteuerungsgrundlagen zu geben?

Wenn die einzelnen Staaten die Prämien mit dem Hinweis auf die Prämien anderer Staaten beibehalten, so sollte man wenigstens an die Stelle der versteckten die offenen Prämien treten lassen, welche nach Maassgabe der Produktion an die einzelnen Fabriken verteilt, den grössten Teil der verderblichen Folgen jener nicht in sich schliessen. Bisher hat indessen nur Russland vorübergehend und Österreich seit dem Jahre 1887 diese Art der Prämienvertheilung gewählt; die übrigen Länder geben ihre Industrieen unausgesetzt dem Spiel der freien Konkurrenz preis.



## Die Prämien im internationalen Zuckerhandel und die Konventionen.

Wir hatten vorher gesehen, dass die Zuckerprämien in den europäischen Ländern weder gleichzeitig, noch in gleicher Höhe, noch auf der Grundlage gleicher Berechnung für Rohr- und Rübenzucker entstanden waren.

Von dem Augenblick an, wo der Zucker zu einem Gegenstande des Welthandels und damit zu einem Artikel der internationalen Konkurrenz unter den verschiedenen Völkern geworden war, musste naturgemäss die Verschiedenartigkeit der Prämiensätze einen tiefgreifenden Einfluss auf die Konkurrenzfähigkeit der Zuckerfabrikate auf dem Weltmarkte ausüben; denn es ist einleuchtend, dass die Prämie, welche dem Rübenzucker eines Landes zu teil wurde, nicht nur gegenüber dem Rohrzucker, sondern auch gegenüber dem Rübenzucker anderer Nationen vermöge ihres Einflusses auf die Preisgestaltung in den Ländern das entscheidende Moment werden musste.

Dadurch ist der internationale Prämienwettkampf entstanden, welcher die natürliche Entwicklung der Preise stört und den Berechnungen des Handels jede sichere Grundlage nimmt.

An die Stelle der natürlichen Konkurrenzbedingungen ist die unnatürliche der staatlichen Hilfe getreten und damit haben sich Verwirrung und unsichere Zustände in den internationalen Zuckerhandel eingeschlichen. In der That entscheidet jetzt die Prämie fast ausschliesslich die Konkurrenzfähigkeit der Zuckerfabrikate auf dem Weltmarkte, die Produktionskosten spielen eine untergeordnete Rolle, solange die Staaten an dem Steuervergütungssystem bei der Ausfuhr festhalten. Variiren die Prämien auf die Erzeugung und Ausfuhr von Zucker zwischen zwei und fünfzehn Mark pro Mctr., welcher Fall jetzt vorliegen dürfte, so ist nicht ersichtlich, wie durch die Intervention des Handels, die Preise



zeitlich und räumlich auszugleichen, dieser Prozess sich vollziehen könnte, ohne ernste Gefahren entweder für die industriellen oder die fiskalischen Interessen im Gefolge zu haben. Diese letzteren beiden Momente sind es denn vornehmlich, welche bei den neuerlichen Veränderungen der Zuckersteuergesetzgebung in fast allen Staaten Europas Berücksichtigung fanden oder doch finden sollten; die Regierungen versuchten auch eine Aussöhnung jener sich widerstreitenden Interessen herbeizuführen, jedoch ohne Erfolg. Immer hinderten die bestehenden Prämien in anderen wichtigen Produktionsländern die Staaten mit exportierender Zuckerindustrie, nach rationellen Grundsätzen in der Besteuerung voranzugehen. Frankreich und Russland schafften im Jahre 1881 allerdings die Prämien ab; Frankreich sanktionierte indessen wenige Jahre darauf durch Einführung der Rübensteuer die höchste von allen in den europäischen Staaten vorhandenen Prämien; Russland gewährte im Jahre 1884 offene Prämien, um der Überproduktion die Konkurrenz auf ausländischem Markte zu ermöglichen; im übrigen sind die wirtschaftspolitischen Verhältnisse dieses Landes so eigentümlich, dass es auf die Zuckersteuergesetzgebung anderer Staaten weniger Rücksichten zu nehmen braucht. Alle übrigen Länder wagten es nicht, ihre Prämien durch die Gesetzgebung zu beseitigen, um ihre Industrie nicht auf's Spiel zu setzen.

Die schweren Missstände, welche durch die Prämienwirtschaft für die internationalen Handelsbeziehungen oder für die nationalen Interessen entstanden waren, wurden von einzelnen europäischen Staaten sehr wohl erkannt; man dachte darüber nach, wie denselben abzuhelpen sei und gelangte zu der Überzeugung, dass nur eine Koalition wichtiger Produktions- und Konsumländer im Stande sei, Abhilfe zu schaffen.

So wurden denn Ende der fünfziger Jahre Verhandlungen bezüglich des Abschlusses von Handels-



verträgen zwischen einigen Staaten\*) angebahnt, in welchen man auf die Notwendigkeit der Einführung von Retorsionsmaassregeln hinwies; dieselben führten indessen zu keinem praktischen Resultat. Man überzeugte sich mehr und mehr, dass die Besteuerung des Zuckers nach gleichmässigen Grundsätzen zum Gegenstand internationaler Verträge gemacht werden müsse. Nur auf diesem Wege war eine gründliche Beseitigung der Prämien zu erhoffen.

So traten im Jahre 1862 auf Vorschlag Frankreichs die Bevollmächtigten dieses Landes, sowie Englands Belgiens und Hollands in Paris zu einer ersten Konferenz zusammen, um eine Einigung hinsichtlich der Grundsätze einer gemeinsamen Zuckerbesteuerung zu erzielen.\*\*) Das Ergebnis der Beratungen war die Annahme folgender wichtigen Bestimmungen:

- 1) die Feststellung des raffinierten Zuckers dient als Basis der Besteuerung;
- 2) für Rohzucker wird die Besteuerung nach seinem Gehalt an reinem Zucker unter Adoption der holländischen Standardmuster eingeführt;
- 3) die Exportvergütung soll genau dem erlegten Steuerbetrage entsprechen.

Nach einer zweiten Konferenz im Jahre 1864, in welcher man sich über eine Reihe anderer zum Teil verwaltungstechnischer und steuerpolitischer Maassregeln einigte, wurde am 8. November 1864 eine definitive internationale Konvention mit einer Geltungsdauer von zehn Jahren, welche am 1. August 1865 beginnen sollte, angenommen und unterzeichnet.

Mit dieser Konvention war die Möglichkeit einer einheitlichen Besteuerung gegeben, nicht aber die Gewähr, dass die Ausfuhrvergütung genau dem erlegten Steuerbetrage entsprechen würde; denn die Geschichte

---

\*) So zwischen England und Frankreich einer-, Frankreich und Belgien andererseits.

\*\*) Nach v. Kaufmann, a. a. O. S. 172.



der Zuckersteuern zeigt, dass es keine unzulänglichere Besteuerung des Zuckers giebt, als die nach Maassgabe der holländischen Typen, welche die Farbennuance als gesetzlich bestimmendes Merkmal für den Zuckergehalt der Fabrikate annimmt. Der Zweck der Konvention, die Prämie zu beseitigen, konnte durch Aufstellung derartiger Prinzipien niemals erreicht werden.

Was die Durchführung der internationalen Konvention betrifft, so hat Frankreich die Bestimmungen derselben vollständig ignoriert; Belgien und Holland entschlossen sich sehr langsam, denselben Folge zu leisten, während England vertragstreu blieb.

Obgleich durch das illoyale Benehmen der französischen Regierung die Interessen der anderen Vertragsstaaten ganz empfindlich geschädigt wurden, obwohl derselben sehr begründete Vorstellungen von letzteren gemacht wurden, so verweigerte dieselbe trotzdem die strikte Durchführung der Konvention. Auch die Konferenzen der Bevollmächtigten in den Jahren 1867 und 1869 erreichten ihren Zweck, Frankreich zum Verlassen der eingeschlagenen Bahnen zu bewegen, nicht. Im Jahre 1869 wurde diesem Staate in einer Nachtragsdeklaration eine Frist zur endgiltigen Feststellung eines genauen Verhältnisses zwischen Zoll resp. Steuer und Ausfuhrvergütung gewährt und diese bis 1871 verlängert; nichtsdestoweniger verharrte dasselbe bei seinen früheren Bestimmungen. Die in London tagende internationale Konferenz im Jahre 1872 adoptierte das Prinzip der saccharimetrischen Bestimmung des Zuckergehaltes und forderte die Regierungen auf, diese an Stelle des Typensystems gesetzlich einzuführen.

Auch diese Methode erwies sich als unzureichend; es fanden deshalb wiederum Konferenzen statt (in den Jahren 1873 und 1874). Es brach sich schon damals die Überzeugung Bahn, dass nur das von England in Vorschlag gebrachte System der Betriebskontrolle und dessen Anwendung auf die französischen Raffinerien



allein geeignet sei, die Missstände zu beseitigen. Darauf legte Frankreich der Konvention im Jahre 1874 einen Gesetzentwurf vor, demgemäss das System der Steuerkontrolle — *exercice* \*) — auf die Raffinerien ausgeübt wird, und setzte an die Stelle des Typensystems die saccharimetrische Bestimmung des Zuckergehaltes. Dieser Gesetzentwurf wurde Januar 1876 von der Nationalversammlung angenommen und darauf promulgiert; in der That ist derselbe jedoch niemals durchgeführt worden.

Trotz der geringen Erfolge, welche mit der ersten Konvention erzielt worden waren, scheute man vor einem zweiten Versuch, die Prämien auf internationalem Wege zu beseitigen, nicht zurück.

Nach mehreren Konferenzen, an welchen sich wiederum die Bevollmächtigten Englands, Frankreichs, Belgiens und Hollands beteiligten, wurde die Konvention vom 11. August 1875 angenommen.

Die wesentlichsten Bestimmungen derselben waren: die Einführung des Systems der Steuerkontrolle für Frankreich und Holland; für Belgien die Erhöhung der Ausbeute des Saftes von 1550 auf 1600 gr pro hl, die Herabsetzung des Einfuhrzolles von 45 auf 22½ Frs., die Feststellung einer höchsten Rendementsannahme von 98 % Pol., Erhöhung der Rendements der dritten und vierten Klasse, Einführung des saccharimetrischen Verfahrens für die Rendementsbestimmung. Auch die Prinzipien der Gleichstellung der Steuern, Zölle und Ausfuhrvergütungen, sowie das Verbot der Erhebung von Differentialzöllen oder Surtaxen von fremdländischen Einfuhren wurde ausdrücklich ausgesprochen.

---

\*) Das *exercice* hatte hier folgende Form: für Rohzucker wurde beim Eingang in die Raffinerie der Steuerbetrag für das nachgewiesene Rendement erlegt und bei der Ausfuhr dem Raffineur ein Certificat ausgehändigt, mit welchem er die Steuervergütung erheben konnte. Dieses Verfahren schliesst die Prämie nicht aus.



Frankreich erklärte sich bereit, den Bestimmungen der Konvention Folge zu leisten; es adoptierte die saccharimetrische Methode, hob die zollfreie zeitweilige Zulassung (*admission temporaire*) theoretisch auf und führte für die Raffinerien das „*exercice*“ ein, letzteres unter der Voraussetzung, dass die Konvention in Wirksamkeit treten würde.

Durch diese Bestimmungen konnten die grossen Ungleichheiten in der Zuckerbesteuerung der vier Staaten beseitigt werden; eine allerdings noch mögliche Prämie, resultierend aus der belgischen Rohmaterialbesteuerung oder dem französischen „*exercice*“, würde auf die Grundlagen der internationalen Konkurrenz in Produktion und Handel einen tiefergehenden Einfluss nicht ausgeübt haben.

Indessen scheiterte auch diese Konvention; die zweite Kammer der Niederlande versagte ihre Genehmigung, die vertragschliessenden Staaten erklärten die Konvention darauf für ungültig. Zugleich aber wurde der Versuch, eine Konvention zu Stande zu bringen, auf Betreiben Englands wiederholt; dieselbe wurde am 8. März 1877 von den genannten vier Staaten abgeschlossen und enthielt in fünfzehn Artikeln fast dieselben Bestimmungen wie die vorjährige. Auch diese Konvention teilte das Schicksal der früheren infolge der unvorhergesehenen Auflösung der französischen Deputiertenkammer und der von Holland nachträglich beantragten Modifikationen und Vorbehalte.

Nach diesen misslungenen Versuchen, die alle natürlichen Bedingungen des internationalen Verkehrs vernichtenden Exportprämien aus der Welt zu schaffen, erliess England im Jahre 1880 noch einmal Einladung zur Teilnahme an einer Konferenz, und zwar wurden jetzt auch zwei weitere wichtige Produktionsländer, Deutschland und Österreich-Ungarn, hinzugezogen.

Österreich-Ungarn und Belgien äusserten sich zustimmend, Deutschland und Holland lehnten ab, Frank-



reich wollte teilnehmen, wenn England sich verpflichten würde, von dem Zucker derjenigen Länder, welche der Konvention nicht beitreten, Ausgleichszölle zu erheben. Darauf liess England die Idee einer Konvention vorläufig fallen.

Die Agitation gegen die kontinentalen Zuckerprämien war aber damit noch nicht erloschen, sie gewann vielmehr gerade in dem letzten Jahrzehnt fortgesetzt an Bedeutung und Umfang.

Immer wieder ist es England, welches unaufhörlich für die Beseitigung der Prämien agitiert, denen es doch, wie wir zeigten, die billigeren Zuckerpreise zu verdanken hat.

Zum Verständnis dieser eigentümlichen Erscheinung müssen wir auf die Verhältnisse dieses Landes eingehen.

England hat im Jahre 1874 die Zuckerzölle und Zuckersteuer ganz aufgehoben, mit der Wirkung, dass die Konsumtion einen ganz ungeahnten Aufschwung nahm.

Der Gesamtverbrauch betrug

|            | in Tons*)     |
|------------|---------------|
| 1872 . . . | 702 504       |
| 1874 . . . | 836 033       |
| 1884 . . . | 1 076 000     |
| 1888 . . . | 1 180 876.**) |

Rübenzucker wird mit Rücksicht auf die Zuckerproduktion der Kolonien nicht produziert. L. v. Stein sagt mit Bezug auf die Rübenzuckerproduktion Englands†): „England weiss, welche Verkehrtheit es ist, Zucker aus den eigenen Rüben zu machen; es hat daher die Rübenzuckerproduktion so hoch besteuert, dass sie fast unmöglich wird; aber England beherrscht dafür den Handel nach beiden Indien.“

\*) nach Wolf, Finanz-Archiv a. a. O. S. 71.

\*\*\*) nach Herbertz „Die deutsche Zuckerindustrie“ vom 17. September 1888.

†) Lehrbuch der Finanzwissenschaft. S. 341.



England bildet das Hauptabsatzgebiet für den Kolonialzucker und für europäischen Zucker.

Die Einfuhr betrug in Tons\*)

|            | aus Britisch-Westindien<br>und Guyana | aus Deutschland<br>und Österreich |
|------------|---------------------------------------|-----------------------------------|
| 1879 . . . | 238 200                               | 133 250                           |
| 1880 . . . | 195 320                               | 220 320                           |
| 1881 . . . | 161 490                               | 259 510                           |
| 1883 . . . | 136 060                               | 318 100                           |

Für das Jahr 1884 betrug die Rohzuckereinfuhr aus Deutschland. . . . . 361 245 Tons

Britisch-Westindien . . . . . 167 872 „

Britisch-Ostindien. . . . . 56 440 „\*\*)

Wolf berechnet den Gewinn, welcher England durch die Exportprämien zufällt, auf jährlich 40 Millionen Mark.

Aber in anderer Beziehung hatten die Prämien einen sehr schädlichen Einfluss auf die Interessen der Kolonien und auf die sozialen Verhältnisse des Inlandes ausgeübt.

Der prämierte Rübenzucker wurde nach England für billigeren Preis geliefert als der Zucker aus den Kolonien, was zur Folge hatte, dass die Einfuhr europäischer Zucker nach England wuchs, während der Kolonialzuckerimport erheblich abnahm.

Andererseits wurden, da Raffinaden eine höhere Prämie genossen als Rohzucker, die Produktions- und Konkurrenzbedingungen für die englischen Raffinerien ungünstige, so dass bereits im Jahre 1877 sehr viele grosse Raffinerien ihren Betrieb einstellen mussten.†) Dadurch waren 70 000 englische Arbeiter brotlos geworden, ein sozialer Notstand, wie er schwerer kaum denkbar ist. Arbeitgeber und Arbeiter bestürmten die

---

\*) Nach Goerz, Handel und Statistik des Zuckers, Berlin 1884. S. 107.

\*\*) Derselbe, Ergänzungsband 1885. S. 41.

†) So z. B. in Schottland 8 von 17,  
in Bristol 9 von 12,  
in Plymouth 2 von 3.



Regierung mit der Forderung, man möge Ausgleichszölle für prämierten Zucker einführen oder eine internationale Konferenz zum Abschluss einer Konvention einberufen, um die Aufhebung der Prämien bei den europäischen Staaten zu erwirken. Die erste Forderung lehnte die Regierung ab, dagegen berief sie die leider resultatlos verlaufene Konferenz im Jahre 1880.

Die schwere Krisis in der Mitte der achtziger Jahre, welche sich in einer Schärfe zeigte wie keine der früheren und die Industrie mehrerer Staaten ausserordentlichen Gefahren ausgesetzt hatte, wurde sodann von der englischen Regierung geschickt benutzt, um für die Abschaffung der Prämien Propaganda zu machen. Wiederum gingen die Einladungen zur Teilnahme an dem Zuckerkongress von der englischen Regierung aus; derselbe wurde von Bevollmächtigten sämtlicher Zucker produzierenden europäischen Staaten und Brasiliens beschickt und wurde in London abgehalten. In der Zeit vom 24. November bis 19. Dezember 1887 wurde über einen Konventionsentwurf beraten; derselbe wurde dann zunächst den auf der Konferenz vertretenen Regierungen zur gutachtlichen Äusserung mitgeteilt. Nach Eingang dieser Gutachten trat am 5. April 1888 die Konferenz aufs neue zusammen und beriet in fünfzehn Sitzungen, deren letzte am 12. Mai stattfand, den Entwurf. Das Resultat dieser Beratungen war ein neuer Konventionsentwurf, welcher wiederum den beteiligten Regierungen zur Begutachtung vorgelegt wurde. Die Konferenz trat dann zur endgiltigen Beschlussfassung zuerst am 16. August zusammen und unterzeichnete in der Sitzung vom 30. August 1888 die Londoner Konvention.\*) Dieselbe enthält folgende wichtige Bestimmungen:

---

\*) Die Protokolle der Konferenzen, sowie die gutachtlichen Äusserungen der verschiedenen Regierungen nebst Anlagen sind in der amtlichen „The London Gazette“ vom 6. September 1888 veröffentlicht worden.



Artikel 1. „Die hohen vertragschliessenden Mächte verpflichten sich, Maassregeln zu treffen, welche eine unbedingte und vollständige Bürgschaft dafür bieten, dass keine offene noch versteckte Prämie auf die Erzeugung oder Ausfuhr von Zucker gewährt wird.“

Zu diesem Zwecke ist die Zuckersteuer als Abgabe von den zum inländischen Verbrauch bestimmten Mengen fertigen Zuckers zu erheben, ohne dass im Falle der Ausfuhr von Zucker eine Rückzahlung von Zoll oder Steuer eine mit der Möglichkeit der Prämiengewährung verbundene Entlastung von der Abgabe erfolgen darf.

Zur Sicherung der Verbrauchsabgabe sollen die Rohzuckerfabriken, die Raffinerien und die Melasse-entzuckerungsanstalten als Zollniederlagen behandelt und der ständigen Überwachung durch Steuerbeamte bei Tag und Nacht unterstellt werden. (Artikel 2.)

Nach Artikel 7 soll von dem Tage ab, wo die Konvention in Wirksamkeit tritt, aller Rohzucker, raffinierter und Stärkezucker, sowie alle Melasse, welche aus Ländern kommen, in denen ein System der Gewährung offener oder versteckter Prämien bei der Fabrikation oder Ausfuhr von Zucker besteht, von den Gebieten der Vertragsstaaten ausgeschlossen sein.

Die letzteren sind verpflichtet, zu diesem Zwecke entweder die Einfuhr der prämierten Zucker zu verbieten, oder dieselbe mit einem den Betrag der Prämie übersteigenden Zolle zu belegen, welcher die gleichen Erzeugnisse der Vertragsländer nicht treffen darf.

Die Thatsache, dass in einem Lande ein System der Prämiengewährung in Geltung ist, sowie das anzunehmende Mindestmaass der Prämie wird durch einen Mehrheitsbeschluss der Vertragsstaaten festgestellt, d. h. es wird eine ständige internationale Kommission gewählt, in welcher jeder Staat durch einen Vertreter und einen demselben beigeordneten Vertreter vertreten wird. Die Kommission hat folgende Aufgaben:

a) zu untersuchen, ob den Gesetzen, Beschlüssen



und Vorschriften bezüglich der Zuckerbesteuerung nach den festgestellten Grundsätzen entsprechen wird;

- b) über streitige Fragen ein Gutachten abzugeben;
- c) Beitrittsgesuche von Staaten zu prüfen, welche an der gegenwärtigen Konvention nicht teilgenommen haben.

Der Vertrag soll mit dem 1. September 1891 in Kraft treten und ist einstweilen auf zehn Jahre geschlossen; jedoch kann jede Vertragsmacht nach voraufgegangener zwölfmonatlicher Kündigung am Ende des zweiten, vierten, sechsten und achten Jahres austreten.

Die Konvention ist bedingungslos unterzeichnet worden von den Bevollmächtigten Deutschlands, Gross-Britanniens, Russlands, Belgiens, Hollands und Italiens; mit belanglosen Vorbehalten haben Schweden und Dänemark den Vertrag angenommen; Österreich-Ungarn erachtet den Beitritt aller wichtigeren Produktions- und Konsumtionsländer für notwendig; „aber obgleich derselbe zur Zeit noch nicht erfolgt sei, so will es die Konvention nicht in Frage stellen und behält sich das Recht vor, zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages zu entscheiden, ob es in der Lage sein wird, denselben zu dem bestimmten Zeitpunkte (1. September 1891) zur Ausführung zu bringen.“

Von erheblicher Bedeutung für die Durchführung der Konvention ist die Erklärung des französischen Bevollmächtigten: „Die Regierung der französischen Republik stimmt der Konvention in Bezug auf die Abschaffung der Prämien vom 30. August 1888 im Prinzip zu, sie behält sich das Recht vor, beizutreten, nachdem der Beitritt aller Länder, welche rohen oder raffinierten Zucker erzeugen, erfolgt ist, und nachdem sie Kenntnis genommen haben wird von allen Gesetzen, welche vollständige und unbedingte Sicherheit gegen die Gewährung jeder offenen oder versteckten Prämie



auf die Erzeugung oder Ausfuhr von Zucker bieten soll.“

Die internationale Londoner Zuckerkonvention ist — darüber herrscht kein Zweifel — ein Ereignis von hoher Bedeutung.

Wird man sich auch nach den in den sechziger und siebenziger Jahren gemachten Erfahrungen nicht allzu weitgehenden Erwartungen und Hoffnungen hinsichtlich ihrer Durchführung hingeben dürfen, so ist doch das erspriessliche Resultat erzielt worden, dass eine Vereinigung grosser, mächtiger Produktions- und Konsumtionsländer diejenigen Grundsätze einer gemeinsamen und gleichmässigen Besteuerung des Zuckers festgestellt hat, welche dazu berufen sind, Zuckerproduktion und Zuckerhandel in die gesetzmässigen, natürlichen Bahnen zurückzuführen. Freilich werden sich in der Praxis noch einige Mängel der Konvention herausstellen; die ständige internationale Kommission wird unseres Erachtens den an sie gestellten Anforderungen niemals in vollem Maasse gerecht werden können, weil die Aufgaben, welche sie erfüllen soll, ausserordentlich komplizierte sind. Es können in Form von Tarifiermässigungen, billigeren Schiffsfrachten, Grundsteuerfreiheiten u. a. m. Begünstigungen enthalten sein, welche den Charakter einer Prämie besitzen, ohne als solche äusserlich kontrollierbar zu sein; eine Grenze zu ziehen ist hier unmöglich, und am wenigsten werden Mehrheitsbeschlüsse internationaler Kommissionen in einem konkreten Falle über das Vorhandensein einer Prämie eine richtige Entscheidung fällen, weil die Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen ist, dass der Neid sich in die Beurteilung der Fragen einschleicht. Sodann kommt noch, da die Konvention nicht von allen Staaten durchgeführt werden wird, ein anderes Moment in Betracht, welches der Abgeordnete von Bennigsen bei der Beratung der Londoner Konvention im Reichstage sehr scharf betont hat; derselbe führte aus:



„Mehr oder weniger stehen sämtliche europäischen Staaten in handelspolitischen Beziehungen auf Grund von Verträgen und Abkommen, die es ausserordentlich erschweren würden, wenn nicht alle europäischen Staaten einer solchen Konvention hinsichtlich des Ausschlusses von Zuckern aus prämiierenden Ländern beitreten, die nötigen Maassregeln zur Durchführung solcher Bestimmungen wirklich ins Leben treten zu lassen. In einzelnen Fällen sind Verträge direkt dagegen (Dänemark hat seinen Vorbehalt damit begründet. Anm. d. Verf.); in anderen Fällen sind die Interessen derartig im Verkehr mit einander verwickelt, dass das Vorgehen des einen Landes mit dem Ausschluss des Zuckers, der in einem andern Lande produziert wird, zweifellos Repressalien hervorrufen würde, die äusserst unangenehm auf die Handelsbeziehungen dieser Staaten und auf die Industrie desjenigen Landes einwirken könnten, welches mit einer solchen Ausschlussung vorgeht.“

Was die Durchführung der Konvention in den einzelnen Staaten betrifft, so darf man nicht verkennen, dass dieselbe grosse Umwälzungen im wirtschaftlichen Leben hervorrufen wird, selbst in denjenigen Ländern, welche bereits die Fabrikat- oder Konsumsteuer eingeführt haben; Produktion und Konsumtion, die Preis-, Importverhältnisse, kurz alle Zweige der Volkswirtschaft, welche durch die Prämien berührt wurden, erfahren erhebliche Veränderungen.

Zunächst ist ganz einleuchtend, dass die Aufhebung der Prämien den Konventionsstaaten nicht in gleichem Maasse Vorteile bringen wird, die Gestehungskosten und die danach sich bemessende Konkurrenzfähigkeit der Fabrikate gestalten sich in den einzelnen Ländern ganz verschieden, und diese Differenzen werden sich nach Einführung der Konvention am stärksten in der Konkurrenz des Rüben- und Rohrzuckers geltend machen. Dieser Punkt dürfte bisher nicht die ge-



nügende Berücksichtigung gefunden haben, obwohl er doch für die Rübenzuckerindustrie von sehr weitgehender Bedeutung ist.

Die Hauptfrage bleibt also die:

Wird der Rübenzucker nach Abschaffung der Prämien die Konkurrenz mit dem Rohrzucker aufnehmen können?

Blickt man auf die Entwicklung der Rübenzuckerindustrie zurück, so kann man die Beobachtung machen, dass selbst zu einer Zeit, wo die Prämien ganz unbedeutend waren, der Import exotischer Zucker sehr erheblich zurückging, während gleichzeitig die Produktion des Konkurrenten in demselben Verhältnis stieg.

Diese Erscheinung dürfte durch die steuerlichen Bevorzugungen des Rübenzuckers zu erklären sein. Auch in der späteren Entwicklungszeit, als man zur steuerlichen Gleichstellung des Rüben- und Rohrzuckers überging, zeigte sich das europäische Produkt auf dem Weltmarkte als vollkommen konkurrenzfähig, ja grösstenteils sogar als überlegen. Der Grund hierfür lag darin, dass die Fortschritte in der Rohrzuckergewinnung sehr unbedeutend waren, während die Produktionskosten des Rübenzuckers mit Hilfe der gewährten Prämien stark vermindert wurden.

Nach Durchführung der Konvention werden nun ausschliesslich die Produktionskosten, eventuell auch die Transportkosten für die Konkurrenzfähigkeit beider Produkte auf dem Weltmarkte maassgebend sein, und hierin dürften die Rohrzuckerländer vor den europäischen Ländern einen Vorsprung gewinnen. Es darf schwerlich angenommen werden, dass die Gestehungskosten des Rübenzuckers noch reduktionsfähig sind; die stetig fortschreitende Tendenz der Wertverminderung des Geldes und des Steigens der Arbeitslöhne wird voraussichtlich durch etwaige kleine Verbesserungen der Technik in der Rübenzuckererzeugung nicht vollkommen kompensiert werden können; auch die Preise



für den Grund und Boden weisen in den europäischen Kulturstaaten auf die Dauer eher die Tendenz zum Steigen als zum Sinken auf. Wir können uns somit der Überzeugung nicht verschliessen, dass erhebliche Momente, die Gestehungskosten des Rübenzuckers zu vermindern und die Konkurrenzfähigkeit desselben zu erhöhen, in sehr grossen europäischen Produktionsgebieten, z. B. in Deutschland und Österreich-Ungarn, nicht vorhanden sind.

In den Rohrzuckerländern liegen die Verhältnisse im wesentlichen anders.

Für die Mehrzahl der Kolonien bietet allerdings die Beschaffung der Arbeitskräfte grosse Schwierigkeiten, wodurch die Arbeitslöhne sich verhältnismässig hoch stellen. Auch in dem Bezuge des Brennmaterials sind die Kolonien grösstenteils den europäischen Ländern gegenüber im Nachteil; sodann kommt für die Konkurrenzbedingungen des Rohr- und Rübenzuckers noch in Betracht, dass die Kapitalien dort teurer sind, der Zinsfuss also höher ist.

Andererseits geniesst die Rohrzuckerproduktion einige Bevorzugungen dem Rübenzucker gegenüber, zunächst in dem weit billigeren Preise des Grund und Bodens, sodann aber auch in der geringeren Besteuerung der Gewerbe. Diese Momente spielen in der Produktion eine grosse Rolle, nichtsdestoweniger haben sie im internationalen Wettbewerb des exotischen und europäischen Zuckers um den Weltmarkt nicht zum Siege des ersteren führen können. Nun wird aber allgemein zugegeben werden müssen, dass die Rohrzuckerproduktion eine grössere Bahn des Fortschritts vor sich hat, als unsere Industrie, sowohl hinsichtlich der Extensität, wie der Intensität bei der Zuckergewinnung aus dem Rohr. Während man früher ausschliesslich die Zuckerrohrmühlen zur Saftgewinnung benutzte, geht man neuerdings dazu über, das Diffusionsverfahren zu diesem Zweck einzuführen.



Die auf der Insel Java angestellten ersten Versuche haben das Resultat gehabt, dass die durch Mühlen gewonnenen Säfte aus 1000 Pikul\*) Zuckerrohr durchschnittlich 118 Pikul, die mit Hilfe des Diffusionsverfahrens gewonnenen Säfte 136 Pikul Zuckerausbeute ergaben; daraus ergibt sich ein Vorteil bei Anwendung der Diffusion, der für jenes Quantum bereits mehr als 100 Fl. beträgt.

Ebenso haben die amerikanischen Südstaaten Louisiana und Texas mit der Anwendung der Diffusion auf Zuckerrohr vorzügliche Resultate erzielt\*\*): von einer 9prozentigen Rohrausbeute ist man gleich im ersten Jahre zu einer 11 bis 12,55prozentigen gelangt. Der Gewinn einer Fabrik, welche 150 Tons in 22 Stunden verarbeitet, wird durch die Diffusion um ca. 32 750 Dollars erhöht.

Allem Anschein nach werden die Betriebe der Kolonien, sowie Amerikas und Asiens in kurzer Zeit in hohem Grade kapitalkräftig werden und die Produktion mit allen Mitteln zu vermehren suchen; dass sie in diesen Bestrebungen durch Einführung der Londoner Konvention nachdrücklich unterstützt werden würden, kann nicht zweifelhaft sein. In den letzten Jahren haben die Kolonien etwa 400 bis 500 000 Tons unprämierten Zucker nach Europa, insbesondere England, exportiert; diese haben also die Konkurrenz mit dem prämierten Rübenzucker, dessen Produktion jährlich etwa  $2\frac{1}{2}$  Millionen Tons beträgt, zu bestehen vermocht; während der grössere Teil der kolonialen Produktion, ca.  $2\frac{1}{2}$  bis 3 Millionen Tons Zucker, in Nord-Amerika, zum Teil auch in Süd-Amerika, ein Absatzgebiet fand.

Wird nun die Produktion in den Kolonien erheblich ausgedehnt, und findet eine Herabsetzung der Gestehungs-

---

\*) 1 Pikul = 62 kg.

\*\*) vgl. „Die deutsche Zuckerindustrie“ vom 12. April 1889.



kosten nach Maassgabe der bisherigen, durch die Diffusion erzielten Vorteile statt, so wird die Aufhebung der Rübenzuckerprämien der Überschwemmung des Londoner Marktes mit Rohrzuckern Vorschub leisten, die europäischen Länder mit exportierenden Industrieen werden voraussichtlich darunter zu leiden haben, indem günstige Absatzgebiete verloren werden.

Die Vereinbarung wird, ob ihr sogleich alle Rübenzuckerländer beitreten oder nicht, für jedes Land eine Verwohlfeilerung des Zuckers um den Betrag der Prämie zur Folge haben und damit eine Steigerung des Konsums, die Gefahr einer Überproduktion infolge der gesteigerten Einfuhr aus überseeischen Ländern scheint uns deshalb nicht vorzuliegen; wohl aber darf nicht verkannt werden, dass auf dem englischen Markte, dem Hauptabsatzgebiet für deutschen und belgischen Zucker, die Absatzfähigkeit jener schweren Bedingungen in der Konkurrenz unterworfen wird, weil nach dorthin der ganze Überschuss der kolonialen Produktion geworfen wird. Sodann darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass durch die Konvention gewissermaassen zwei Staatengruppen geschaffen werden, die sich im Verkehr gegenseitig von einander abschliessen, oder sich doch Beschränkungen auferlegen; durch die Einführung von Ausgleichszöllen wird allerdings die Einfuhr prämierten Zuckers in einen der Vertragsstaaten unmöglich gemacht, aber ebenso wird auch die Konkurrenz des unprämierten Zuckers mit dem prämierten in Nichtvertragsstaaten ausserordentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Es sind somit, wie wir sehen, viele Momente vorhanden, nach denen sich das Interesse jedes einzelnen Staates an der Durchführung der Konvention bestimmen wird.

Frankreich wird, obgleich es noch jüngst wieder an den Beratungen teilgenommen und dem Vertrage „im Prinzip“ zugestimmt hat, demselben in nächster



Zeit noch nicht beitreten. Dieser Umstand ist dadurch zu erklären, dass die französische Regierung ihrer Zuckerindustrie, welche in den letzten Jahren keine Fortschritte gemacht hatte und hinter der deutschen, österreichischen und russischen in technischer Hinsicht zurückgeblieben war, durch die Einführung der Rübensteuer mit hohen Prämien einen starken Impuls zur Vermehrung der Produktion geben will. Indessen wird Frankreich, falls sonst die Prämien beseitigt werden, auf die Dauer nicht ausserhalb der Konvention bleiben können. Abgesehen von den Repressalien, welche England durch Erhöhung der Weinzölle ausüben könnte, bleibt doch die Frage offen, ob das französische Budget eine Belastung von ca. 60 bis 70 Millionen Franken durch die Prämien wird ertragen können und ob das Volk nicht gegen die hohen Zuckerpreise reagieren wird.

Der momentane Ausschluss Frankreichs von der Konvention ist für die Durchführung derselben in dem beabsichtigten Umfange von grösster Wichtigkeit, insofern dadurch andere Staaten mit bedeutender Zuckerproduktion und Zuckerausfuhr, wie z. B. Österreich-Ungarn, möglicherweise bestimmt werden wird, jene nicht perfekt werden zu lassen. In Österreich-Ungarn hat die Agitation gegen die Prämien besonders seit dem Erlass des neuesten Gesetzes ausserordentlich an Lebhaftigkeit gewonnen; dasselbe hat mit seinem Vorbehalt im Londoner Vertrage wohl in erster Linie beabsichtigt, auf den Beitritt Frankreichs hinzuwirken, weil es mit diesem Lande auf den Märkten des Orients in Konkurrenz tritt. Österreich-Ungarn produziert jährlich etwa zwei Millionen Mctr. Zucker über den eigenen Bedarf hinaus; diese konnten weder nach Russland ausgeführt werden wegen der hohen Eingangszölle, noch nach England wegen der grossen Transportkosten; das Hauptabsatzgebiet für österreichischen Zucker bildeten bisher die Länder des Orients und Italien;



in diesen würde also der hochprämierte französische Zucker mit dem nichtprämierten österreichischen konkurrieren und in dieser Konkurrenz müsste natürlich der letztere unterliegen. Einem deutschen Konsulatsbericht aus Smyrna zufolge hat bereits im Jahre 1887/88 die höhere französische Prämie bewirkt, dass der österreichische Zucker vom dortigen Markte verdrängt wurde. Würden die Prämien beseitigt werden, so würde die hochentwickelte österreichische Industrie an den Märkten des Orients ein natürliches und günstiges Absatzgebiet gewinnen resp. behalten. Für jenes Land erscheint es deshalb als unerlässliche Bedingung, dass entweder Frankreich die Vereinbarung annimmt, oder dass grosse Konsumtionsländer, wie z. B. die Türkei,\*) Egypten u. a. m. derselben zustimmen.

Erwägungen dieser Art haben die österreichische Regierung gezwungen, an die Ratifikation des Vertrages die Bedingung zu knüpfen, dass alle wichtigeren Produktions- und Konsumtionsländer demselben ihre Zustimmung erteilen.

Welche Folgen die Durchführung der Konvention für Deutschland haben wird, ist zur Zeit sehr schwer zu übersehen; die deutsche Prämie ist die niedrigste unter den kontinentalen Zuckerprämien; die Fabrikanten gestehen auch ein, dass die deutsche Industrie auf die Prämie verzichten würde, falls die Konkurrenzländer dieselbe beseitigten. Da dieses aber von einem grossen und wichtigen Teile der Produktions- und Konsumtionsländer nicht geschehen wird, so können wir uns nicht verhehlen, dass die vorbehaltlose Annahme der Konvention seitens der deutschen Regierung unter den bestehenden Verhältnissen für die Zuckerindustrie grosse Gefahren heraufbeschwören kann.

Für Deutschland gestaltet sich die Hauptfrage folgendermaassen:

---

\*) Die Türkei ist nachträglich beigetreten. Anm. d. Verf.



Wird der deutsche Zucker der überseeischen Konkurrenz die Spitze bieten können und wird der englische Markt in Zukunft der deutschen Produktion erhalten bleiben?

Hier ist zu bemerken, dass an der Konvention auch die Kolonien Hollands, Spaniens und Englands beteiligt sind, welche sehr grosse Quantitäten Zucker erzeugen; dieselben richteten in früheren Jahren ihren Export nach dem englischen Markt, dessen Bedarf sie zum weitaus grösseren Teile befriedigten. Erst in den letzten zehn Jahren gelang es dem europäischen Rübenzucker und besonders dem deutschen mit Hilfe der Prämien, das exotische Produkt mehr und mehr zu verdrängen; immerhin war aber die Einfuhr aus den britischen Kolonien noch sehr bedeutend: z. B. im Jahre 1884 nach Görz ca. 560 000 t, während Deutschland allein jährlich zwischen 500 und 600 000 t nach England ausfuhrte. Die Einfuhr aus den Kolonien wird nach Aufhebung der Prämien voraussichtlich sehr stark gesteigert werden, und die deutschen Zucker werden auf dem englischen Markte der kolonialen Produktion in einem Umfange begegnen, der auf die Zuckerpreise einen starken Einfluss ausüben wird. Mit Recht hat der deutsche Vertreter auf den Konferenzen darauf hingewiesen, dass der Beitritt auch aussereuropäischer Länder, wie z. B. Nord-Amerikas und Brasiliens, erwünscht wäre, wenn die Konvention den gehegten Erwartungen entsprechen sollte. Ersteres bedarf zur Deckung seines Bedarfs einer jährlichen Einfuhr von circa 1 200 000 Tons Zucker, während letzteres eine grosse exportierende Industrie besitzt. Die deutsche Zuckerausfuhr nach Amerika bewegte sich in sehr mässigen Grenzen, und sie wird, falls die Konvention in dem jetzt festgesetzten Umfange durchgeführt werden sollte, wohl gänzlich aufhören müssen; denn zweifellos werden die Konkurrenz-Bedingungen für den deutschen Zucker auf den amerikanischen Märkten



erschwert werden, der prämierte brasilianische, französische und österreichische Zucker würde mit günstigeren Aussichten auf Erfolg auf den nordamerikanischen Markt gebracht werden können.

Es ist demnach die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass die beiden 'grössten Zuckerverbrauchsländer, England und Nord-Amerika, der Einfuhr deutschen Zuckers versagt werden; indessen dürfte sich dieser Missstand nur einstellen, falls die Produktion der überseeischen Länder wesentlich erhöht wird. Durch die Konvention kann jedenfalls die Absatzfähigkeit des deutschen Zuckers beschränkt werden; es müsste deshalb als Vorbedingung für eine Konvention zur Beseitigung der Prämien seitens der deutschen Regierung die Forderung gestellt werden, dass noch wichtige Verbrauchsstaaten derselben beitreten.

In Belgien dürfte die Konvention mit noch grösseren Gefahren für die industriellen Interessen des Landes verknüpft sein als in Deutschland, und zwar deshalb, weil hier die Industrie seit länger als 20 Jahren fortgesetzt unter der Saftbesteuerung gearbeitet hat, die Einführung der Konsumbesteuerung also die Umwandlung der Etablissements und somit grosse Kosten verursachen würde.

Sodann muss aber in Betracht gezogen werden, dass Belgien mehr als zwei Drittel der Gesamtproduktion ausführen muss; die belgischen Zucker werden ohne Prämien die überseeische Konkurrenz schwerer ertragen als z. B. die deutschen; die Gefahr, für den Überschuss der Produktion über die Konsumtion kein günstiges Absatzgebiet zu finden, liegt also auch für dieses Land vor.

Welche Folgen die Abschaffung der Prämien für Holland nach sich ziehen wird, ist schwer zu übersehen; was die Einführung der Konsumsteuer betrifft, so sieht sich dieses Land denselben Schwierigkeiten gegenübergestellt wie Belgien. Hollands Bereitwillig-



keit, die Bestimmungen der Konvention auszuführen, wird man auf dessen Interessen an der Entwicklung der kolonialen Zuckerproduktion und auf die Interessen an der Handelsschifffahrt zurückführen müssen.

Die holländische Kolonie Java ist auf den Export von jährlich etwa 350 000 Tons Rohrzucker angewiesen; ein grosser Teil dieser Quantität würde sicherlich nach Europa exportiert werden und hier leicht die Konkurrenz mit dem Rübenzucker aufnehmen können. Man wird im allgemeinen annehmen können, dass aus der Konvention Holland eher Vorteile als Nachteile erwachsen.

In noch höherem Grade trifft dieses für Spanien zu und zwar deshalb, weil hier eine Rübenzuckerindustrie nicht besteht und weil die Kolonien des Landes, besonders Kuba, eine grosse Rohrzuckerindustrie besitzen.

Auch Russland wird aus der Konvention einige Vorteile ziehen, weil hier die Produktion noch in hohem Grade vermehrungsfähig ist und die Gestehungskosten für landwirtschaftliche Produkte sich nicht so hoch stellen als in anderen Vertragsstaaten.

Russland würde also seine Produktion vermehren können, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, für seine Mehrproduktion keinen günstigen Markt zu finden.

Am leichtesten sind die Folgen der Konvention für England zu übersehen, dessen Bemühungen das Zustandekommen derselben zu verdanken ist. England würde allerdings durch Einführung von Ausgleichszöllen seine Freihandelspolitik theoretisch aufgeben, praktisch werden sie indessen schwerlich zur Anwendung gelangen.

Das Hauptinteresse für England ist wohlfeiler Zucker; aus diesem Grunde haben die gesetzgebenden Faktoren die Eingangszölle beseitigt. Auf dem englischen Märkte werden nach Aufhebung der Prämien ungeheuere Quantitäten Rüben- und Rohrzuckers zu-



sammenströmen, und es werden bei starkem Angebot die Preise notwendigerweise nach den Kostenbeträgen der billigsten Produktionsart gravitieren.

Der Zucker also, welcher bisher ohne Prämie nach England gebracht wurde und trotzdem mit dem prämierten konkurrieren konnte, wird einen Maassstab für die Gestaltung des Zuckerpreises nach Durchführung der Konvention geben. Danach erscheint uns kein Grund zu der Annahme vorzuliegen, es werde die Aufhebung der Prämien die Preise auf dem Londoner Markte wesentlich erhöhen.

Ein grosses und wie man anerkennen muss, berechtigtes Interesse haben die Kolonien Englands an der Ratifikation der Vereinbarung; diese konnten, wie wir gesehen haben, infolge der europäischen Prämien nur verhältnismässig geringe Quantitäten nach dem Mutterlande exportieren; die Durchführung der Konvention würde bewirken, dass die Produktion von Britisch-Guyana, Britisch-Westindien, Ostindien und den Kapkolonien auf dem Londoner Markte erscheint, womit gleichzeitig der englischen Handelsmarine ein guter Dienst geleistet würde. Hat es doch der Vorsitzende der Zuckerkonferenzen, Baron v. Worms, ganz unumwunden im Unterhause am 11. April 1889 ausgesprochen, dass „die alten Bezugsquellen wieder eröffnet werden sollten“, „dass man ein Produktionsgebiet erschliessen werde, welches unendlich grösser sei als das des Kontinents.“

Endlich würde die Konvention auch den englischen Raffineuren erhebliche Vorteile gewähren, welchen die Konkurrenz mit dem prämierten Rübenzucker bisher schwere Opfer gekostet hat, während die Konserven-, Zuckerwaaren-, Biskuit- und Chokoladenindustrieen eher durch die Aufhebung der Prämien benachteiligt werden, weil mit der Verwohlfeilerung des Zuckers in den Konventionalstaaten die Erzeugnisse jener Industrieen im Inlande hergestellt werden würden und den eng-



lischen Fabrikaten also eine schärfere Konkurrenz erwüchse.

Erwägt man die Gründe, welche für und welche gegen die Konvention geltend gemacht werden können, vom Standpunkt der Engländer aus, so erscheint es uns unzweifelhaft, dass jene bei weitem überwiegen. Trotzdem ist der Regierung im eigenen Lande eine Opposition gegen die Konvention entstanden, welche sehr mächtig zu sein scheint und bereits bewirkt hat, dass die Bill betreffend die Zuckerprämien-Konvention zurückgezogen und bis zur nächsten Session vertagt wurde.

Belgien, welches die Konvention ohne Vorbehalte angenommen hatte, soll nachträglich zurückgetreten sein; Schweden und Dänemark haben bis jetzt ihre Zustimmung auch nicht erteilt, während sich jüngst die Türkei für dieselbe entschieden hat.

Dass an ein Zustandekommen der Konvention ohne England nicht zu denken ist, bedarf keiner weiteren Ausführungen; berücksichtigt man indessen die Thatsache, dass selbst in diesem Lande, welches seit fast dreissig Jahren beständig der Herd der Agitation gegen die Prämien gewesen ist, die Besorgnis vor einem Steigen des Zuckerpreises die Aussichten für die Annahme des Vertrages in den gesetzgebenden Körperschaften stark herabgemindert hat, berücksichtigt man weiterhin die Thatsache, dass sowohl die deutschen wie auch die österreichisch-ungarischen Industriellen unablässig Petitionen an die Regierungen richten, dieselben mögen der Konvention vom 30. August 1888 ihre Zustimmung versagen, so muss es als durchaus unsicher erscheinen, ob letztere jemals durchgeführt werden wird.

Es lässt sich nicht verkennen, dass die jüngste Konvention einen grossen Fortschritt gegenüber den früheren bezeichnet; und dieser liegt darin, dass sie einerseits ziemlich sichere Garantien für die Unter-



drückung der Prämien bietet, andererseits einen erheblich vermehrten Länderkomplex betrifft. Wir erkennen es mit Herbertz als „ein unvergängliches Verdienst“ des Baron v. Worms an, diese Konvention zu Stande gebracht zu haben; würde sie thatsächlich zur Durchführung gelangen, so würden die schweren Missstände, welche die Prämien geschaffen haben, mit einem Schlage beseitigt werden, der Produktion und dem Handel des Zuckers würde die richtige Grundlage einer gesunden Entwicklung gegeben werden, der Staatsfiskus könnte nach gerechteren Prinzipien die Steuer von jenem Artikel erheben; eine absolut richtige Steuerbemessungsgrundlage wird zwar mit der Einführung der Konsumsteuer nicht gewonnen werden, weil die Mittel der Qualitätsbestimmung noch zu unzuverlässig sind; indessen würden die grössten Ungleichheiten in der Besteuerung mit der Feststellung eines Satzes für die Rohzuckerfabriken und eines verhältnismässig höheren Satzes für die Raffinerien vermieden werden.

Wir haben vorher auszuführen versucht, dass die deutsche Industrie angesichts der neuesten enormen Fortschritte in der Rohrzuckerproduktion Veranlassung hat, der beabsichtigten Durchführung der Konvention mit Besorgnis entgegen zu sehen. Diese Bedenken würden erheblich vermindert werden, wenn es gelänge, in erster Linie Nord-Amerika, sodann aber auch Österreich-Ungarn und Brasilien für die Konvention zu gewinnen.

Deutschland und England könnten allerdings gegen Nord-Amerika Retorsionsmaassregeln ausüben, indem sie die Getreideeinfuhr aus jenem Lande bis zu dessen Beitritt zur Konvention verbieten; indessen würde ein derartiges Vorgehen sehr schwere Folgen für andere staatliche Interessen nach sich ziehen und dazu geeignet sein, den Zollkrieg im internationalen Verkehr, welcher fast überall mit grosser Erbitterung geführt wird, noch zu verschärfen.



Hoffen wir deshalb, dass es auf dem Wege friedlicher Vereinbarung gelingen möge, das Einverständnis jener Staaten mit der Konvention zu erzielen, damit die Prämienwirtschaft ihr langersehntes Ende finde und damit die internationale Produktion und der Verkehr für einen der wichtigsten Artikel endlich in gesunde und gesicherte Bahnen gelenkt werde.



Bayerische  
Staatsbibliothek  
München











RICHARD  
Buch B B  
M







Dieckmann, Reinhold

Über die Zuckerprämien in den wichtigsten europäischen Produktions- und  
Konsumtions-Ländern und die internationalen Bestrebungen zu ihrer  
Beseitigung Inaug.Diss

Halle a./S. 1889

Cam. 24 d

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11576892-6